

DUHwelt

magazin

Deutsche Umwelthilfe e.V. und Global Nature Fund

www.duh.de, www.globalnature.org

2 | 2021



Wie gelingt die Verkehrswende?

Historisches Urteil
für den Klimaschutz

Meere brauchen
mehr Schutz

Goldener Geier für
dreiste Umwettlüge

LIEFERKETTEN GESETZ?

FÜR UNS SELBST- VERSTÄNDLICH

von Anfang an – auch ohne gesetzliche Vorgabe!



Seit über 45 Jahren engagiert sich Rapunzel weltweit für nachhaltigen Bio-Anbau und Fairen Handel.

Rapunzel Produkte gibt es in weit über 4.000 selbstständigen Bio-Läden, Bio-Supermärkten, Reformhäusern und Hof-Läden.

Mehr unter:

www.rapunzel.de/lieferkette



RAPUNZEL

Wir machen Bio aus Liebe – seit über 45 Jahren.



Prof. Dr. Harald Kächele,
Bundesvorsitzender Deutsche Umwelthilfe e.V.

Liebe Leserin, lieber Leser,

das Bundesverfassungsgericht gibt uns Recht, dass das Klimaschutzgesetz der Bundesregierung von Ende 2019 in Teilen verfassungswidrig ist – ein bahnbrechender Erfolg für den Klimaschutz! Die Deutsche Umwelthilfe hat im vergangenen Jahr die beiden erfolgreichen Verfassungsbeschwerden für zehn klagende Kinder und Jugendliche sowie die heute schon unter dem Klimawandel leidenden Menschen in Nepal und Bangladesch auf den Weg gebracht.

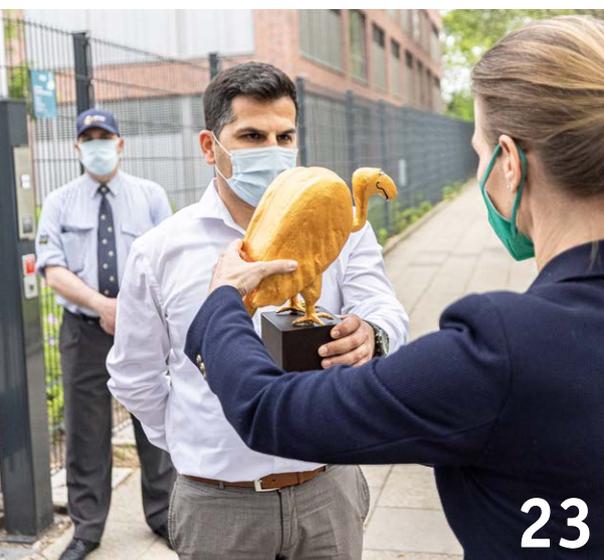
Das höchste deutsche Gericht hat die Politik zu einem wirksamen Klimaschutz und Einhaltung der Ziele des Pariser Klimaabkommens verpflichtet. Für das Urteil bedankten sich die Regierungsparteien öffentlichkeitswirksam überschwänglich bei den Karlsruher Richtern. So, als hätten sie nie etwas mit ihrem eigenen mangelhaften Klimaschutzgesetz zu tun gehabt und als könnten sie es kaum erwarten, endlich die vom Gericht verlangten Korrekturen an dem von ihnen selbst 2019 verabschiedeten Gesetz vornehmen zu dürfen. Wie die Regierung die neuen, auch nach ihrer Änderung des Klimaschutzgesetzes immer noch unzureichenden Klimaschutzziele erreichen will, lässt sie offen. Am Bau von Nord Stream 2 (Seite 6), dem größten fossilen Infrastrukturprojekt Europas, hält sie weiterhin fest. Es fehlt an klaren Entscheidungen für die Verkehrswende (Seite 8), den Klimaschutz im Bausektor (Seite 20) oder den Schutz der für unser Klima so wichtigen Meere (Seite 24). Die DUH hat viele Maßnahmen und Lösungen erarbeitet und macht Druck auf die Politik, sie umzusetzen.

Mit Ihnen sorgen wir weiter dafür, dass Politik und Industrie die Weichen neu stellen müssen.

Dank Ihrer Unterstützung wird uns das gelingen.

Ihr

Harald Kächele



Fotos: Nicola/stock.adobe.com (o.L.); Stefan Schejok/DUH (u.L.); Paul Nicklen (großes Bild)

Editorial

- 3 **Auf ein Wort**

Aktuell

- 6 **DUH greift die Genehmigung für Nord Stream 2 an**
- 6 **Ölbohrungen im Kavango-Becken geplant**
- 6 **Impressum**
- 7 **Verkehrsministerium in Abgasbetrug verwickelt**
- 7 **Dreckige Luft: EuGH verurteilt Deutschland**
- 7 **Staat muss Reserveantibiotika verbieten**

Titel

- 8 **Die Verkehrswende braucht Entscheidungen**
- Die Verkehrspolitik muss sich viel stärker am Klimaschutz ausrichten. Für die zukunftsfähige Mobilität muss sie ein ganzes Bündel an Maßnahmen auf den Weg bringen.

In Zahlen

- 12 **Pop-up-Radwege**

Themen

- 14 **Greenwashing von Tetra Pak**
- 15 **Elektrogeräte – was läuft schief?**
- 16 **Strengeres Energielabel für Elektrogeräte**

- 17 **Kühlgeräte-Recycling ist klimarelevant**
- Fast jedes zweite Altgerät enthält Treibhausgase.
- 18 **Jubel vor dem Bundesverfassungsgericht**
- Klimaschutz darf nicht zu Lasten der jungen Generation verschoben werden.
- 20 **Das Bauen neu denken**
- 21 **Interview: „Die umweltfreundlichen Rahmenbedingungen brauchen wir jetzt“**
- 22 **Energiearmut verhindern**
- 23 **Der Goldene Geier 2021 geht an RWE**



24



30



34

Fotos: Paul Nicklen (l), Victor Moriyama/Rainforest Foundation Norway (o.r.); Katie G. Nelson (u.r.)

- 24 **Meere brauchen weltweit mehr Schutz**
- 26 **DUH deckt auf: Millionen klimaschädliche Massentierhaltungsplätze geplant**
- 28 **Wir säen für die Insektenwelt**
- 28 **Konkurrenz am Teich**
- 29 **Inklusives Naturerleben ist im Kommen**
- 30 **Amazonas-Regenwald schwindet für Auto-Ledersitze**
- 32 **Mensch und Tigerwels brauchen ein neues Gleichgewicht**
- 34 **Hand in Hand-Fonds: Frauen und die solare Zukunft**

Menschen für Natur

- 35 **Raus aus dem Schneckenhaus!**
Persönliche Vorsorge und ein rechts-sicheres Testament sind wichtig.

DUH intern

- 36 **Wegbereiter des modernen Umweltschutzes**
- 37 **Rudi war ein ideensprühender Vulkan**
Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch teilt seine Erinnerungen.

Unbekannte Tierart

- 38 **Fast wie ein Drache – nur die Schuppen fehlen**
Der Gestreifte Leierfisch kommt am Grund der Nordsee vor.



Titel:

Mobilität zu Fuß oder per Rad sowie öffentliche Verkehrsangebote bringen viele Umweltvorteile mit sich.

Foto: imago/Reporters

DUH greift die Genehmigung für Nord Stream 2 an

Am 2. Juni 2021 hat die Deutsche Umwelthilfe beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie beantragt, die Bau- und Betriebsgenehmigung von Nord Stream 2 zu widerrufen. Obwohl die Pipeline mit jährlich 100 Millionen Tonnen CO₂ das größte fossile Projekt Europas ist, wurden im Genehmigungsverfahren die Auswirkungen auf die Klimaziele nicht überprüft. Hilfsweise beantragt die DUH, die unterlassene Klimaschutzprüfung nachzuholen und für diesen Zeitraum den Weiterbau der Pipeline auszusetzen. Die ursprüngliche Genehmigung aus dem Jahr 2018 greift die DUH an, weil sich neue Tatsachen herausgestellt haben: Mit seinem Urteil vom März 2021 weist

das Bundesverfassungsgericht auf ein verfassungsrechtliches Klimaschutzgebot hin. Hinzu kommt, dass erst nach der Genehmigung wesentliche Erkenntnisse zum Umfang der Methan-Emissionen der Erdgas-Wirtschaft bekannt wurden. Methan, der Hauptbestandteil von Erdgas, ist über einen Zeitraum von 20 Jahren betrachtet 87 Mal so klimaschädlich wie CO₂.

Nach Auffassung der DUH ist Nord Stream 2 auch energiewirtschaftlich unnötig. Dies belegt sogar der von der Bundesregierung an die EU-Kommission gemeldete Nationale Klima- und Energieplan: Die Bundesregierung rechnet mit einem Rückgang des Gasverbrauchs von 2020 bis 2040 um 42 Prozent. (jk)



NATURWELTERBE BEDROHT

Ölbohrungen im Kavango-Becken geplant

Eine gemeinsame Petition mit der namibischen Aktivistin Ina-Maria Shikongo und dem Bündnis Saving Okavangos Unique Life hat die Deutsche Umwelthilfe der Bundesregierung Anfang Juni übergeben. Ölbohrungsexplorationen des kanadischen Unternehmens ReconAfrica bedrohen akut die Gewässer, das Ökosystem und die Tierwelt im grenzübergreifenden Naturschutzgebiet KaZa in Namibia und Botswana. Laut Shikongo operiert ReconAfrica rechtswidrig ohne Wassergenehmigung sowie Erlaubnis zur Entsorgung von hochtoxischen Abwässern.

Der Bundesregierung kommt beim Schutz der Region eine besondere Rolle zu, weil sie die Erhaltung des KaZa-Gebietes über die KfW-Entwicklungsbank mit Steuergeld in Millionenhöhe fördert. Ölbohrungen sind damit in keiner Weise zu vereinbaren.

Die 120.000 Unterzeichnenden der Petition verlangen, dass die Bundesregierung sich für eine unabhängige Umweltverträglichkeitsprüfung einsetzt. Diese fehlt bislang. Nur durch eine solche Prüfung können die Folgen von Ölbohrungen für Mensch und Natur transparent gemacht werden. (jk)

IMPRESSUM

Zeitschrift für Mitglieder und Förderer der Deutschen Umwelthilfe e.V. und des Global Nature Fund

■ Herausgeber: Deutsche Umwelthilfe e.V., Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell, Tel.: 07732 9995-0, Fax: -77, info@duh.de, www.duh.de ■ V.i.S.d.P.: Jürgen Resch
 ■ Redaktion: Jutta Kochendörfer (jk), Andrea Kuper (ak) ■ Autorinnen und Autoren: Christian Behrens (cb), Annette Bernauer (ab), Reinhild Benning (rb), Peer Cyriacks, Gabi Fiedler (gf), Katharina Fietz (kf), Thomas Fischer (tf), Dora Griechisch (dg), Judith Grünert (jg), Marieke Hoffmann (mh), Viktor Konitzer (vk), Robin Kulpa, Leonie Lockau (ll), Tina Lutz (tl), Katrin Quiring (kq), Jürgen Resch, Hanna Rhein, Dorothee Saar, Agnes Sauter (as), David Schaal, Sabrina Schulz (sas), Anna Wolff (aw), Rupert Wronski (rw)
 ■ Gestaltung: Claudia Kunitzsch

In DUHwelt-Artikeln verwenden wir in Bezug auf Personen oder ihre Funktionen nicht immer das grammatische Femininum und Maskulinum (z.B. Naturschützerinnen und Naturschützer) nebeneinander. Dort, wo aus Gründen der Vereinfachung nur die männliche Form gewählt wurde, sind aber dennoch alle Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht gemeint.

■ Druck: WKS Wachter GmbH, Bietigheim ■ Anzeigen: Jutta Kochendörfer; es gilt die Anzeigenpreislise 2021 ■ Verlag und Vertrieb: DUH Umweltschutz-Service GmbH, Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell ■ Gedruckt auf 100 % Recycling-Papier ■ Heftpreis: 1,50 Euro

■ Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft Köln | IBAN: DE4537020500008190002 SWIFT/BIC: BFSWDE33XXX

Deutsche Umwelthilfe und Global Nature Fund werden von zahlreichen Förderern finanziell unterstützt. Die Artikel der DUHwelt geben nicht in jedem Fall die Meinung der Förderer wieder.

Verkehrsministerium in Abgasbetrug verwickelt

Nach der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts im April 2021 hat das Bundesverkehrsministerium der DUH nach fünfjährigem Rechtsstreit Akteneinsicht gewährt: Eine bislang geheim gehaltene Präsentation der Volkswagen AG offenbart, dass VW dem Ministerium am 3. November 2015 angekündigt, falsche CO₂-Angaben von rund 800.000 Fahrzeugen binnen zwei Wochen zu korrigieren. VW kündigte ehrlichere Abgas- sowie CO₂-Messungen

an. Weiterhin wolle man die Differenz aus steuerlichen Forderungen begleichen, den betroffenen Fahrzeugbesitzern den Mehrverbrauch erstatten sowie „Wandlungsrechte für Kunden“ prüfen. Zugleich forderte der Konzern von der Bundesregierung „Unterstützung bei der Sicherstellung der Refinanzierungsfähigkeit von VW“. Doch nur wenige Wochen später zog VW die Selbstanzeige zurück. Hintergrund dürfte eine Reihe von Gesprächen sein, zu der

sich Vertreter des Verkehrsministeriums und des Kraftfahrt-Bundesamtes mit Vertretern von VW getroffen hatten. In seinem Protokoll nimmt das Ministerium „zustimmend zur Kenntnis“, dass VW „entgegen ersten Darstellungen“ seinen CO₂-Angaben doch keine „schärferen Vorschriften“ zugrunde legt.

Auch zum Thema Abschalteinrichtungen erhielt die DUH endlich Akteneinsicht. Ein vom Bundesverkehrsministerium während der „Untersuchungs-

kommission Volkswagen“ beauftragtes Gutachten äußert erhebliche Zweifel an der Zulässigkeit der temperaturgesteuerten Abgasreinigung von Opel-Modellen. Die Schlussfolgerungen aus dem Gutachten hätten die Klageaussichten von Fahrzeughaltern gegen verschiedene Autohersteller erheblich verbessert, doch im Bericht der Untersuchungskommission findet sich darauf kein Hinweis. Das Ministerium hielt dieses brisante Wissen ganz offensichtlich zurück. (jk)

SCHALLENDE OHRFEIGE FÜR DIESELLOBBY

Dreckige Luft: EuGH verurteilt Deutschland

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) bestätigt die Rechtsauffassung der DUH, dass Deutschland jahrelang zu wenig gegen die hohe Stickstoffdioxidbelastung in Städten und zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor dem Luftschadstoff getan hat. Damit verstößt die Bundesrepublik gegen das EU-Recht, entschied das höchste europäische Gericht Anfang Juni. Der EuGH stellt fest, dass Deutschland „systematisch und fortdauernd“ versäumt hat, die Überschreitung des Jahresmittelwertes für Stickstoffdioxid durch schnelle und geeignete Maßnahmen zu beenden. 2018 hatte die Europäische Kommission die Bundesrepublik verklagt. Die DUH begrüßt die Entscheidung des EuGH als Grundsatzentscheidung in der Luftreinhaltepolitik. Die Grenzwerte gelten seit 2010.

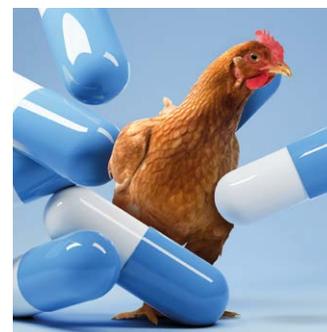
Erst durch die erfolgreichen Klageverfahren der DUH für die Durchsetzung der Sauberen Luft in 40 Städten und neun Bundesländern hat sich die NO₂-Belastung in vielen deutschen Städten deutlich verbessert – von 2018 auf 2019 konnte sie in Klagestädten doppelt so stark verringert werden wie in Nicht-Klagestädten. Von den verbleibenden Städten mit Grenzwertüberschreitungen erwartet die DUH kurzfristige Maßnahmen. Andernfalls wird sie Vollstreckungsmaßnahmen gerichtlich durchsetzen. (ak)



RECHTSGUTACHTEN ZUR TIERMEDIZIN

Staat muss Reserveantibiotika verbieten

Die DUH und die Initiative „Ärzte gegen Massentierhaltung“ fordern einen neuen Entwurf des Tierarzneimittelgesetzes mit strengen Regulierungen gegen den verbreiteten Antibiotikamissbrauch in der Massentierhaltung und einem Verbot der wichtigsten Antibiotika aus der Humanmedizin. Diese Reserveantibiotika gelten als letztes Mittel, wenn alle anderen bei Infektionen mit antibiotikaresistenten Krankheitserregern versagen. Bestätigt sieht die DUH ihre Forderung durch ein neues Rechtsgutachten der Ärzteinitiative. Demnach sind in Deutschland die Rechtsgrundlagen gegeben, um den Einsatz von Reserveantibiotika in der Massentierhaltung zu verbieten. Darüber hinaus ist es verfassungsmäßig sogar geboten, sie streng zu regulieren zum Schutz des



Gesunde Tiere brauchen keine Antibiotika.

Gesundheitssystems, das auf wirksame Notfallantibiotika angewiesen ist. Auch die Bundesärztekammer spricht sich dafür aus, diese Antibiotika kranken Menschen vorzubehalten. Dies lässt der neue Entwurf der Bundesregierung für ein Tierarzneimittelgesetz außen vor.

Die menschliche Gesundheit darf aber nicht den Profiten von Fleisch- und Pharmaindustrie untergeordnet werden. (ak)

Die Verkehrswende braucht **Entscheidungen**



Schon seit Langem tritt die DUH für wirksamen Klimaschutz im Verkehrssektor ein. Um den Umstieg in ein klimaneutrales Verkehrssystem zu meistern, muss Deutschland ein ganzes Bündel an Maßnahmen realisieren. Das Ziel ist eine sichere und bezahlbare Mobilität für alle.

■ von Dorothee Saar

Viel wird über die Verkehrswende geredet – gehandelt wird hingegen viel zu zögerlich. Immerhin wächst der Druck auf die Bundesregierung, nicht zuletzt durch das Klima-Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Die von der DUH unterstützten Verfassungsbeschwerden von jungen Menschen aus Deutschland hat das Gericht im April mit einem bahnbrechenden Urteil beschieden (siehe auch Seite 18): Das deutsche Klimaschutzgesetz ist in seiner jetzigen Fassung nicht verfassungskonform und muss nachgebessert werden, da es die Einhaltung der Pariser Klimaziele nicht sicherstellt und dabei insbesondere den Belangen junger Menschen nicht Rechnung trägt. Auch kurzfristig wirksame Maßnahmen muss die Bundesregierung auf den Weg bringen, die Klimagasemissionen reduzieren, sodass nicht bereits in diesem Jahrzehnt das gesamte „Verschmutzungskontingent“ aufgebraucht wird.

Hier spielt der Verkehrssektor eine unrühmliche Rolle, denn in den letzten 30 Jahren liegen dessen CO₂-Emissionen auf unverändert hohem Niveau. Zwar legen Schätzungen des Umweltbundesamtes (UBA) nahe, dass selbst dieser Sektor seine Klimaschutzziele für das Jahr 2020 eingehalten habe, jedoch geht der Klimarat der Bundesregierung davon aus, dass die UBA-Zahlen nach oben korrigiert werden müssen und dann das laut Klimaschutzgesetz erlaubte Kontingent überschritten wird. Dass die Verkehrsemissionen im vergangenen Jahr von 19 auf 16 Millionen Tonnen CO₂ gesunken sind, rührt vor allem von coronabedingten Beschränkungen her, so die Einschätzung des Umweltbundesamtes. Minderungen durch strukturelle Änderungen wie ein Umbau der Infrastruktur oder aus Maßnahmen einer klimafreundlicheren Verkehrspolitik sind leider

Foto: Scanrail/stockadobe.com



Mangelware. Zwar twittert Stefan Bilger, Staatssekretär im Verkehrsministerium, die CO₂-Minderungen gingen auf „zahlreiche Klimaschutzmaßnahmen im Verkehr“ zurück, beziffern kann das Ministerium die Wirkung der Maßnahmen aber nicht.

Auch die DUH selbst ist Klimaschutz-Klägerin

Die bislang im Klimaschutzplan der Bundesregierung formulierten Maßnahmen reichen für einen wirksamen Schutz des Klimas nicht aus. Die Versäumnisse hat die DUH bereits 2020 zum Anlass genommen, eine Klimaklage gegen die Bundesregierung vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg einzureichen. Mit diesem Mittel wollen wir die Regierung zu mehr Ambition bewegen. Denn trotz aller Lippenbekenntnisse und Pseudo-Lob für das klimabewegte Jahr 2019, trotz der Schmeicheleien in Richtung Fridays for Future setzt sie ihren automobilfreundlichen Kurs ungerührt fort. So stehen im Konjunkturprogramm zum Wiederaufbau nach Corona Kaufprämien für spritschluckende Plug-In-Hybride, ja sogar für Diesel-Lkw auf der Liste, während Investitionen in die klimafreundliche Schiene fehlen.

Wir sprechen alle Ebenen an

Unsere Vorschläge für kurzfristig wirksame Maßnahmen liegen seit langem auf dem Tisch: ein generel-

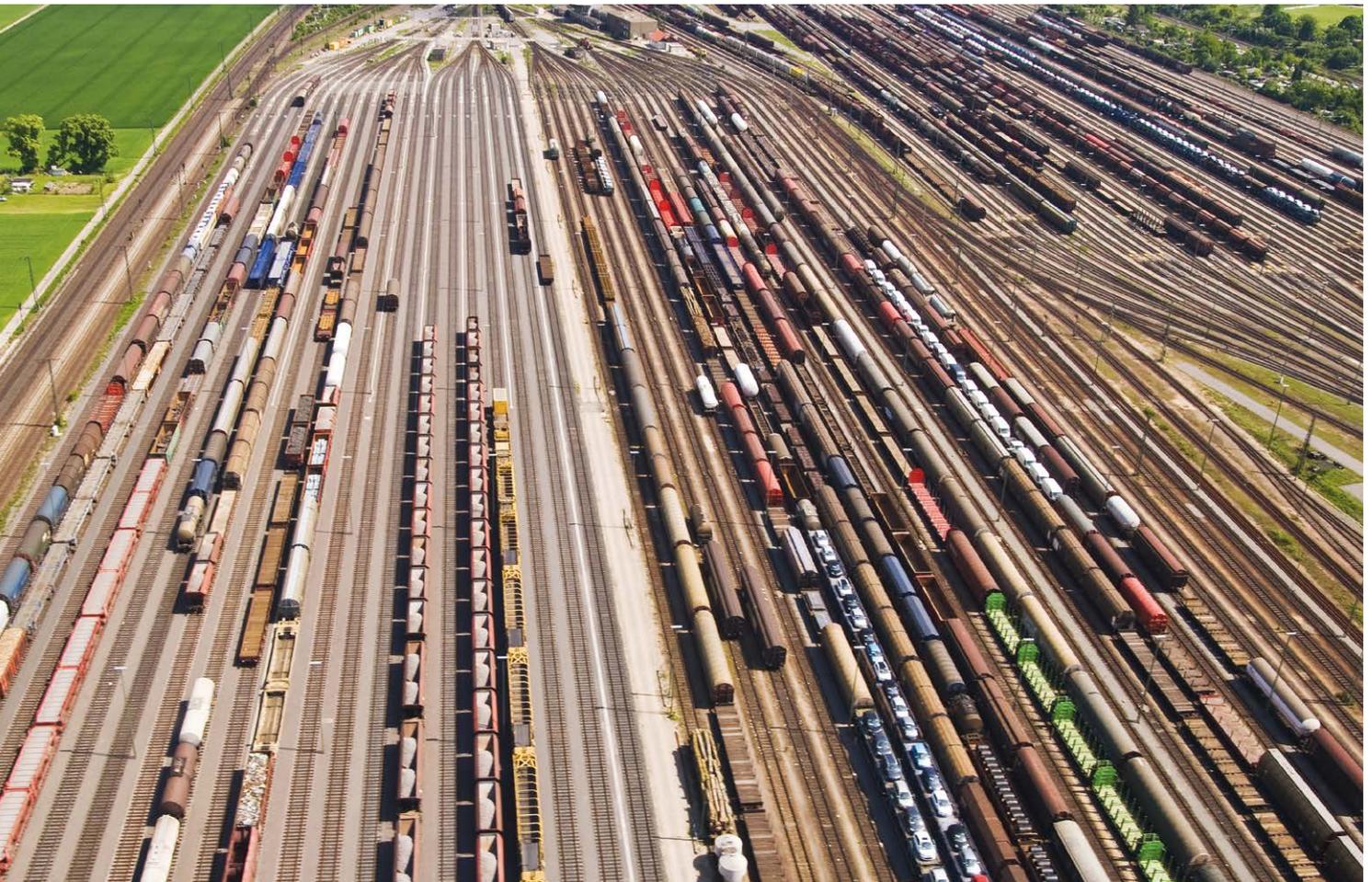
les Tempolimit auf Autobahnen und Landstraßen, der Abbau klimaschädlicher Subventionen etwa in der Ausgestaltung der Dienstwagenregulierung, eine fahrleistungsabhängige Pkw-Maut, mehr Raum für sichere Fuß- und Radwege, eine massive Förderung des öffentlichen Verkehrs, um nur einige zu nennen. Anstatt solche Instrumente zu nutzen, flüchtet sich der Bundesverkehrsminister in Zukunftsversprechen. Insbesondere der Hype um synthetische Kraftstoffe fällt dabei ins Auge – mit ihrer Hilfe will der Minister zum Wohle der Autobauer das Erfolgsmodell Verbrennungsmotor auch ins nächste Jahrzehnt retten. Doch solche Kraftstoffe sind nicht nur ineffizient und teuer, sondern faktisch nicht verfügbar. Unsere Kampagne für Pop-up-Radwege fordert eine Verdoppelung der Radwege und eine Halbierung der Autos in den Städten, damit alle Radfahrerinnen und -fahrer sicher unterwegs sein können. Wir haben dank mehr als 4.000 Rückmeldungen aus der Bevölkerung schon 2020 Anträge zur Einrichtung von Pop-up-Radwegen in über 200 Städten gestellt. Zahlreiche Kommunen haben kurzfristig Pop-up-Radwege, Fahrradstraßen und verkehrsberuhigte Straßen zum Spielen, Flanieren und Verweilen geschaffen. Immer mehr Städte melden uns zurück, dass sie mitmachen wollen.

Die DUH trägt nicht nur zur Verkehrswende in der Stadt bei – wir setzen uns auch auf europäischer Ebene für echten Klimaschutz ein. Hier stehen in den kommenden Monaten wichtige Verhandlungen auf der Agen-



Nur langsam beginnen Städte, dem unmotorisierten Verkehr mehr Raum zu geben.

Fotos: Peter Broymann/Quimby



» Das Ausbauziel für die Schiene im Koalitionsvertrag war reine Makulatur, wenn zugleich Kaufprämien für Diesel-Lkw ausgeschrieben werden. «

Dorothee Saar,
Leiterin Verkehr und
Luftreinhaltung

gung stehen – warum also bei der künftigen Ausgestaltung von Pkw-Flotten darauf setzen? Das Ausbauziel für die Schiene im Koalitionsvertrag war reine Makulatur, wenn zugleich Kaufprämien für Diesel-Lkw ausgeschrieben werden. Eine Regelgeschwindigkeit von Tempo 30 in der Stadt – wichtiger Beitrag für mehr Sicherheit vor allem für den Rad- und Fußverkehr – verlangt eine Änderung der rechtlichen Grundlagen, doch das Verkehrsministerium hält stur am Vorrang des motorisierten Straßenverkehrs fest. Mit dieser Haltung werden nicht zuletzt Zukunftstechnologien ausgebremst, die der wichtige Arbeitgeber Automobilwirtschaft dringend bräuchte. Zugleich unterschätzt das Ministerium auch den „Wendewillen“ der Bevölkerung, die sich in jüngsten Umfragen für mehr Klimaschutz auch im Verkehrssektor ausspricht. Denn andere Lasten werden mit einer Verkehrswende ebenso adressiert: Sie führt zu mehr Sicherheit auf den Straßen und verringert die Lärm- und Luftbelastung. Auch hier sind noch viele Baustellen offen. ■

da. Es geht um die Ausgestaltung des European Green Deal, mit dem die EU-Kommission die Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens sicherstellen will. Wir erwarten Vorschläge zur Neugestaltung der Verordnung für CO₂-Grenzwerte von Neuwagenflotten, aber auch Diskussionsvorschläge etwa zur Frage, ob der Verkehrssektor in den Emissionshandel eingebunden werden sollte. Hier bringen wir unsere klaren Forderungen ein: Die Regelungen müssen so ausgestaltet werden, dass der Umstieg auf den batterieelektrischen Antrieb bei Pkw gelingt und ab 2030 nur noch solche Fahrzeuge neu zugelassen werden. Eine Einbindung des Verkehrs in den Emissionshandel würde dieses Ziel gefährden.

Viel Zustimmung zur Verkehrswende

Die Beispiele machen deutlich: Von der lokalen bis hin zur EU-Ebene sind alle aufgefordert, zur Verkehrswende beizutragen. Solange politische Entscheidungsträger aber nicht bereit sind, aus den Erkenntnissen der Vergangenheit zu lernen und daraus klare Entscheidungen abzuleiten, kommen wir nicht voran. Es ist offenkundig, dass synthetische Kraftstoffe in den kommenden zehn Jahren nicht in nennenswertem Umfang zur Verfü-

Pop-up-Radwege

Pop-up-Prozesse bieten die Gelegenheit, kurzfristig zeitlich begrenzte oder provisorische Maßnahmen umzusetzen, die der Verkehrswende zugute kommen. Sie können Ausgangspunkt für eine dauerhafte Umsetzung sein. Die bekannteste Maßnahme ist der Pop-up-Radweg, bei dem die rechte Fahrspur mehrspuriger Straßen zu einem Radweg umgewandelt wird. Die Bedeutung des Fahrrads ist während der Corona-Krise gestiegen, besonders in den Metropolen. Allerdings haben darauf nur wenige Städte mit kurzfristigen Verbesserungen reagiert.

Pop-up-Radwege in 2020 europa- und weltweit



→ Alleine die **Pop-up-Radwege** haben die **Radverkehrsmenge** in europäischen Städten

um bis zu **48** % erhöht. (März bis Juli 2020) (Quelle: MCC 2021)



Erste Stadt,

die im Rahmen der Corona-Pandemie **Pop-up-Radwege** angelegt hat:

- weltweit: **Bogotá** in Kolumbien

- in Europa: **Berlin** (Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg)



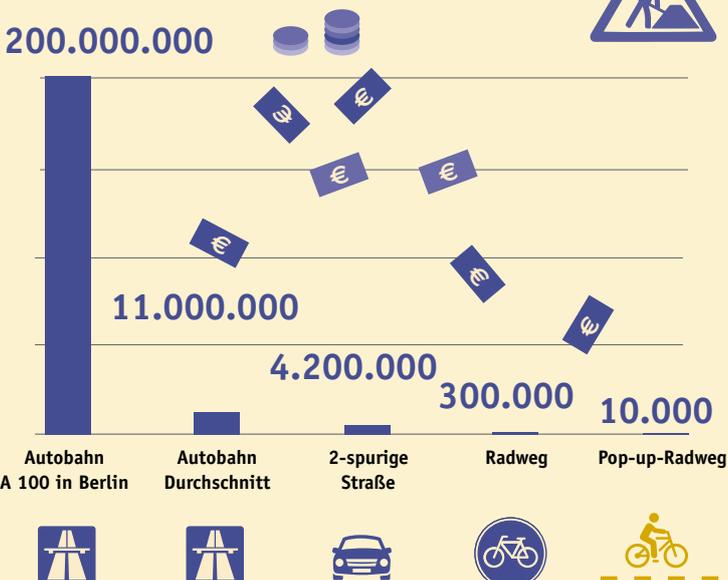
Pop-up-Radwege in 2020/21 in Deutschland

48 Pop-up-Radwege in **19** Städten

mit einer Gesamtlänge von **60 km**.



Kosten pro Kilometer (in Euro)



Dauer für die Anlage von Radwegen von Planung bis Ausführung

Pop-up-Radwege in Berlin:

rund **10** Wochen

Regulärer Radweg:

bis zu **10** Jahre



Auswirkung von Pop-up-Radwegen auf die Luftqualität



Pop-up-Radweg auf dem **Kottbusser Damm** in **Berlin** reduziert **NO₂-Belastung** um **22 %**.

(Quelle: IASS Potsdam)



Provisorisch eingerichtete Flaniermeile mit breitem Radweg und Sperrung für Autos in der **Berliner Friedrichstraße** senkt die **NO₂-Belastung** um mehr als **1/3**.

(Quelle: DUH)



Was ist Radfahren am wichtigsten?

1. ein **gutes Sicherheitsgefühl**, **81 %**
2. die **Akzeptanz** durch andere Verkehrsteilnehmende, **80 %**
3. ein **konfliktfreies Miteinander** von Rad- und Autoverkehr, **79 %**

Was bemängeln Radfahrende am meisten?

- lascher Umgang mit **Falschparkenden**
- eine **schlechte Baustellenführung**
- zu **schmale Radwege**

(Quelle: ADFC-Fahrradklima-Test 2021)

Verschiedene Pop-up-Maßnahmen

Berlin **Pop-up-Fußgängerweg** (Klimastraße) **Flaniermeile**



Weil am Rhein **Pop-up-Fußgängerzone**

München **14 verkehrsberuhigte „Sommerstraßen“**

Schweden ersetzt Parkplätze durch **Treffpunkte:**



“**Summer walking streets**” – Straßenparkplätze in Stockholm werden umgewandelt für Restaurants und Cafés



Pop-up-Parks: Mobile modulare Plattformen mit Sitzbänken, Tischen und Pflanzen, Fahrradständern im Parkraum in Stockholm, Göteborg, Umeå, Helsingborg und Västervik



Luzern **Pop-up-Parks** auf Parkplätzen



Unfallstatistik



Rückgang 2020 gegenüber 2019 in %:

getötete **Radfahrer: -4,3 %**

getötete **Fußgänger: -10 %**

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

25 % der Menschen sind 2020 **mehr Rad gefahren** als 2019.

30 % sind 2020 **mehr zu Fuß** gegangen als 2019.

→ **Trotzdem** sind die Zahlen getöteter Radfahrer und die der getöteten Fußgänger **gesunken**.

(Quelle: BMVI, Fahrrad-Monitor 2020)

DUH-Mitmachaktion Pop-up-Radwege Jetzt!

In **244** Städten und Gemeinden hat die DUH kurzfristig umzusetzende Pop-up-Radwege beantragt.

Über ein Online-Formular, das die DUH den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stellt, wurden bisher in **398** Städten

1.387 Anträge gestellt.

(März bis Mai 2021)



Greenwashing von Tetra Pak

Nachhaltigkeit sieht anders aus. Mit einer neuen Werbekampagne will der führende Getränkekartonhersteller Tetra Pak das Image der Einwegverpackung verbessern. Braun eingefärbte Getränkekartons auf Werbebildern und wenig glaubwürdige Angaben über Umweltvorteile gaukeln Klimaschutz und Nachhaltigkeit nur vor. Die DUH fordert den sofortigen Stopp des Greenwashings.

»**N**atürlich. Karton“ ist der Slogan der Kampagne, mit dem Tetra Pak seine Einweg-Getränkeverpackung bewirbt. Bebildert wird das Ganze mit einem einschließlich Plastikdeckel komplett braun eingefärbten Getränkekarton. Auf diese Weise soll bei Verbraucherinnen und Verbrauchern der Eindruck erweckt werden, dass diese Verpackung ausschließlich aus nachwachsenden und recycelten Werkstoffen besteht. In Wirklichkeit handelt es sich ausschließlich um Neumaterial. Für die Produktion der mehr als acht Milliarden jährlich in Deutschland verkauften Getränkekartons werden massenhaft Bäume gefällt, denn es wird langsam wachsendes Holz mit langen Fasern benötigt. Dessen Import erfolgt oft über lange Transportwege. Deutschland hat den höchsten Pro-Kopf-Verbrauch an Papier aller Industriestaaten. Dazu tragen auch die Getränkekartonhersteller bei. Zusätzlich werden große Mengen Wasser, Energie, Aluminium und Kunststoff eingesetzt.

Das Problem ist vielschichtig

Getränkekartons werden immer schwerer und deren Kunststoffanteil steigt weiter an. Schon jetzt bestehen viele Getränkekartons zu mehr als 50 Prozent aus Plastik. Nicht nur der Plastik-Schraubverschluss ist mittlerweile Standard. Oft verfügen die Getränkekartons über ein Plastikoberteil oder einen Plastikboden. Tetra Pak bringt weltweit 721.000 Tonnen Plastik pro Jahr in Verkehr, mehr als die Konsumgütergiganten Unilever und Procter & Gamble. Obwohl der Anteil an Papierfasern sinkt, ist dieser noch immer ein zentraler Teil von Tetra Paks Marketingstrategie für die nur scheinbar grüne Einwegverpackung, die mehr und mehr zur Plastikflasche 2.0 wird. Völlig unerwähnt bleiben die Umweltbelastungen durch den

Abbau von Erzen und den anfallenden hochgiftigen Rotschlamm für den Aluminiumanteil in Getränkekartons. Was den Einwegherstellern nicht in deren Nachhaltigkeitskampagnen passt, wird offenkundig einfach verschwiegen.

Auch beim Recycling wird nicht die ganze Wahrheit erzählt. Anders als von den Herstellern behauptet, werden in Deutschland nicht 75 Prozent der schwer recyclebaren Verbundverpackungen, sondern nach Berechnungen der DUH vom Januar 2021 nur rund 30 Prozent stofflich verwertet. Das liegt unter anderem daran, dass 40 Prozent gar nicht im Gelben Sack, sondern im Restmüll, der Papiertonne oder in der Umwelt landen. Die niedrige Sammelquote verschlechtert die Ressourcen- und Klimabilanz der unökologischen Einwegverpackung zusätzlich.

Aufgrund ihrer zahlreichen Umweltnachteile sollten Getränkekartons gegenüber anderen Einweg-Getränkeverpackungen nicht länger bevorteilt werden: „Das Märchen vom ach so nachhaltigen Getränkekartonrecycling muss unverzüglich ein Ende haben und die Pfandpflicht auch auf Getränkekartons ausgedehnt werden“, fordert Barbara Metz, Stellvertretende Bundesgeschäftsführerin der DUH. Wie die meisten Einwegplastikflaschen und Getränkedosen sollten Getränkekartons mit einem Pflichtpfand von 25 Cent belegt werden.

Statt zum unökologischen Getränkekarton sollten Verbraucherinnen und Verbraucher der Umwelt zuliebe besser zu regionalen Mehrwegflaschen greifen. Eine einzige Ein-Liter-Mehrweg-Glasflasche ersetzt bis zu 50 Getränkekartons der gleichen Füllgröße. (cb) ■



So sieht die ungeschminkte Wahrheit über Getränkekartons aus.



Für Sie aufgestöbert: eine kleine Auswahl an Lesestoff.
Wenden Sie sich bitte an Ihre örtliche Buchhandlung!



Pillen vor die Säue

Warum Antibiotika in der Massentierhaltung unser Gesundheitssystem gefährden

Rupert Ebner,
 Eva Rosenkranz
 oekom-Verlag 2021,
 Softcover, 256 Seiten

Hoher Antibiotikaeinsatz bei Nutztieren beschleunigt die Entwicklung resistenter Keime und gefährdet damit die gesamte Humanmedizin. Ebner und Rosenkranz warnen eindringlich und zeigen, was geschehen muss – für mehr Tierwohl, gesunde Menschen und eine intakte Umwelt.

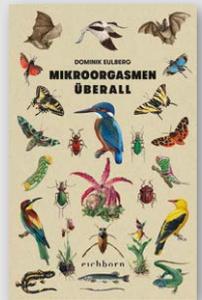
ISBN: 978-3-96238-206-3

20,00 Euro

Mikroorganismen überall

Von der Raffinesse und Mannigfaltigkeit der Natur vor unserer Haustür

Dominik Eulberg
 Eichborn Verlag 2021,
 Hardcover, 352 Seiten



Der international erfolgreiche DJ und Biologe Eulberg nimmt uns mit in die Wunderwelt der Ameisenlöwen, Täuschungsblumen, Mini-Chamäleons und Käfer mit Infrarotsensoren. Überraschend wie ein Spaziergang durch Wald und Wiese.

ISBN: 978-3-8479-0065-8

25,00 Euro



Handbuch kinderfreundliche Kommunen

Kinderrechte kommunal verwirklichen

Hrsg. Dominik Bär,
 Friderike Csaki, Roland Roth
 Debus Pädagogik-Verlag
 2021, Softcover, 568 Seiten

Durch ihre Einrichtungen und Dienste prägen Kommunen die Lebensbedingungen junger Menschen mit. So stehen sie in der Verantwortung, die Ziele der UN-Kinderrechtskonvention zu verwirklichen. Hierfür bietet das Handbuch Anregungen.

ISBN: 978-3-95414-146-3

56,00 Euro

Elektrogeräte – was läuft schief?

Sie enthalten Schwermetalle, Flammschutzmittel und Weichmacher und daneben wertvolle Ressourcen. Es ist höchste Zeit für langlebige Elektrogeräte, aber auch fürs umweltfreundliche Entsorgen ausgedienter elektrischer Mixer, Rasierer und Zahnbürsten.

Schadstoffe aus dem Elektroschrott müssen unbedingt sachgerecht behandelt werden. Das geht nur, wenn Verbraucherinnen und Verbraucher nahe und kostenlose Abgabemöglichkeiten vorfinden. Bisher gibt es sie bei Wertstoffhöfen oder in großen Möbel-, Elektro- und Baumärkten sowie Kaufhäusern. Doch hierzulande wird nicht mal jedes zweite Altgerät korrekt entsorgt und noch schlimmer: Kaum ein Prozent der ordnungsgemäß gesammelten Altgeräte gelangt in eine Aufbereitung, die zum erneuten Verwenden führt.

Hinzu kommt: Typische Verschleißteile lassen sich selten einfach ausbauen, Ersatzteilpreise sind oft überhöht. Beides erschwert das Reparieren. Dass Elektrogeräte immer kurzlebiger werden, trägt zu wachsenden Verkaufszahlen bei. Innerhalb von zehn Jahren stieg die Menge der neu gekauften Elektrogeräte in Deutschland um 56 Prozent. In Tonnen gerechnet lag sie im Jahr 2019 bei knapp 2,6 Millionen.

Den ökologischen Fußabdruck verkleinern

Philipp Sommer, Stellvertretender Leiter Kreislaufwirtschaft, sagt: „Wir haben lange für einen umwelt- und verbraucherfreundlichen Rechtsrahmen gekämpft. Und tat-

sächlich haben wir für die Novelle des Elektrogesetzes viel bewegt. Ab Juli 2022 wird es deutschlandweit etwa 25.000 weitere Abgabestellen geben, denn dann müssen auch große Supermärkte kleine Altgeräte zurücknehmen. Bei Lieferung von Großgeräten wie Kühlschrank und Waschmaschine durch den Onlinehandel darf man die Altgeräte dann auch kostenfrei abholen lassen. Und wir konnten durchsetzen, dass Batterien künftig meist so verbaut sein müssen, dass Nutzer sie leicht austauschen können.“

Sommer gehen diese Verbesserungen aber noch nicht weit genug: „Hersteller müssen zur Einhaltung der Elektroschrott-Sammelquoten verpflichtet werden. Nur so kann Deutschland das von der EU vorgegebene 65-Prozent-Ziel erreichen. Ein Recht auf Reparatur muss sicherstellen, dass kostengünstige Ersatzteile, Reparaturanleitungen und Software-Updates für die erwartete Lebensdauer der Geräte, jedoch zumindest für sieben Jahre verfügbar sind. Haltbarkeit und Reparaturfähigkeit müssen den Verbrauchern per Kennzeichnung angezeigt werden.“ Und schließlich müsse jedes Altgerät überprüft werden, ob es sich noch für eine erneute Verwendung aufbereiten lässt. (tf, jk)

Strengeres Energielabel für Elektrogeräte

Das EU-Energielabel für Haushaltsgeräte wurde überarbeitet. Die neuen Vorschriften unterstützen Verbraucherinnen und Verbraucher auf der Suche nach einem umweltverträglichen, Ressourcen schonenden Produkt schon in der Werbung. Energieeffizienzklassen wie A+++ wurden abgeschafft.

Seit dem 1. März 2021 gelten für Spül- und Waschmaschinen, Kühl- und Gefriergeräte, TV-Geräte und Computer-Monitore neue Ökodesign- und Energieverbrauchskennzeichnungsvorschriften, ab September dann auch für Lichtquellen. Das neue Energielabel ist von der Kennzeichnung her eine Rückkehr zum einheitlichen Energielabel mit den Klassen A bis G aus dem Jahr 2009: Der grüne Pfeil mit dem „A“ steht für das effizienteste Gerät, der rote mit dem „G“ für den größten Energiefresser.

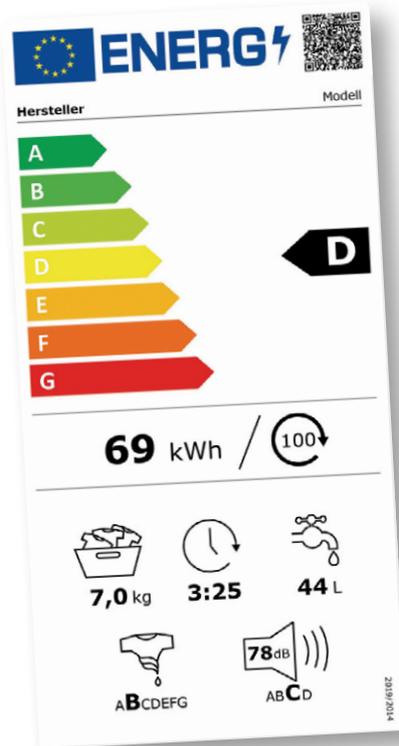
In den vergangenen zehn Jahren kamen immer energieeffizientere Geräte auf den Markt. Auf Druck der Gerätehersteller wurden Zusatzklassen eingeführt, um Geräte nicht in eine schlechtere Effizienzklasse zurückfallen zu lassen, so dass die Skala des alten Labels bis A+++ erweitert wurde. Für viele Verbraucher verwirrend.

Höhere Anforderungen an die Produkte

Mit der Rückkehr zur geschlossenen Skala von A bis G wurden gleichzeitig die Anforderungen zur Eingruppierung eines Geräts in eine Effizienzklasse verschärft. Die Effizienzklasse A wird aktuell meist noch nicht vergeben, um Luft nach oben für künftige Geräte mit höherem Effizienzstandard zu lassen. Dass die jeweils besten am Markt verfügbaren Haushaltsgeräte stärker nachgefragt werden, ist ein Anreiz für die Industrie, in deren Effizienz und Sparsamkeit zu investieren.

Mehr Verbraucherschutz

Künftig sollen auch eine nach fünf Jahren porös gewordene Tür-Dichtung oder ein defektes Scharnier nicht mehr dazu führen,



Neu auf dem Label ist ein QR-Code, mit dem Verbraucher online zu einer europäischen Produktdatenbank mit weiteren Informationen zum Gerät gelangen.

dass ein Haushaltsgroßgerät mangels verfügbarer Kleinteile nicht mehr zu gebrauchen ist. Bestimmte Ersatzteile müssen ab sofort für festgelegte Zeiträume von fünf bis zehn Jahren verfügbar sein.

Der Stromverbrauch eines TV-Gerätes wird nun für eine Nutzungsdauer von 1.000 Stunden angegeben, so kann man ihn anhand individueller Nutzungen besser einschätzen. Der Stromverbrauch

einer Waschmaschine wird nicht mehr „pro Jahr“, sondern pro 100 Nutzungen angegeben. Ein Single-Haushalt nutzt eine Waschmaschine weniger als eine vierköpfige Familie.

Darüber hinaus dürfen von Herstellern angebotene sogenannte „Produktupdates“, ohne die ein Gerät nicht mehr einwandfrei läuft, nicht mehr zu einer Verschlechterung von dessen Energiebilanz führen, zum Beispiel bei einem Geschirrspüler hinsichtlich des Wasserverbrauchs.

Umgehungsverbot als Lehre aus dem Dieselskandal

Dank der novellierten Ökodesign-Vorgaben wird es Herstellern energieverbrauchrelevanter Produkte erstmals untersagt, Geräte auf den Markt zu bringen, die erkennen können, dass sie geprüft werden. Die dafür notwendige - nun illegale - Software, ermöglichte es Herstellern bislang, durch die Veränderung von Leistungsmerkmalen wie zum Beispiel dem Herunterdimmen der Helligkeit eines Fernsehers, niedriger Stromverbräuche zu erzielen als im „realen“ Modus. Bereits 2015 wurde zahlreichen Pkw-Herstellern nachgewiesen, dass deren Modelle auf dem Prüfstand deutlich niedrigere Schadstoffwerte auswiesen als sie im realen Fahrbetrieb emittieren.

Kontrollen weiter nötig

Für die Einhaltung der neuen Vorschriften sind die Marktüberwachungsbehörden der Länder verantwortlich. Die DUH wird sie verstärkt zu Produkttests auffordern, um dafür zu sorgen, dass „schwarze Schafe“ nicht im Handel bleiben. (as, ak) ■

Elektroaltgeräte

Kühlgeräte-Recycling ist klimarelevant

Die DUH fordert eine fachgerechte Entsorgung von Kühlgeräten, denn viele enthalten FCKW und F-Gase. Solche Fluorverbindungen sind extrem umweltschädlich.

Ein einziger FCKW-haltiger Kühlschrank hat ein Treibhauspotenzial von durchschnittlich 2,7 Tonnen CO₂ – so viel wie ein Pkw bei einer Fahrleistung von 15.000 Kilometern durchschnittlich im ganzen Jahr ausstößt. Deutschlands Haushalte mustern jedes Jahr etwa drei Millionen Kühlschränke und Gefriergeräte aus. Fast jedes zweite Altgerät enthält noch immer FCKW oder F-Gase im Kühlkreislauf und der Isolierung. Die Stoffe sind hoch klimawirksam; FCKW trägt zudem zum Abbau der Ozonschicht bei.

DUH fordert maximale Transparenz

Käme bei der Entsorgung von Kühlgeräten der Stand der Technik zur Anwendung, könnten in Europa jährlich Klimagasemissionen von mehr als sechs Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten vermieden werden. Das belegt eine aktuelle EU-Studie.

Unter den Codes EN 50625-2-3 und CLC/TS 50625-3-4 findet man technische Hinweise für das umweltgerechte Demontieren von Kühlgeräten sowie das Auffangen klimaschädlicher Gase. In vielen anderen EU-Ländern wie den Niederlanden, Frankreich und Irland sind entsprechende Standards für das Kühlgeräterecycling bereits gesetzlich vorgeschrieben. In Deutschland ist dies nicht der Fall. Die DUH fordert von der Bundesregierung, die Entsorgungspraxis ebenfalls vollständig gemäß den EU-Standards zu regeln und flächendeckend ein hochwertiges Recycling durchzusetzen. Hierfür müssen Behörden das Kühlgeräterecycling wesentlich besser kontrollieren. Zur Qualitätsüberwachung fordert die DUH eine Erfassung der Schadstoffmengen, die die Recyclinganlagen tatsächlich aus den Geräten entfernen. Aktuell liegen den für die Überwachung zuständigen Bundesländern dazu keinerlei Informationen vor, wie

parlamentarische Anfragen zeigen. Nicht zuletzt müssen das Entsorgen in Wald und Wiese sowie illegale Exporte gestoppt und geahndet werden.

Auch von den Kühlgeräte-Herstellern fordert die DUH wirksamen Klimaschutz. Denn Produzenten von Marken wie Bosch, AEG und Miele sind rechtlich für das Recycling der Altgeräte verantwortlich. Nach Auffassung der DUH müssen sie demnach von ihren Subunternehmern, den Recyclern, die Einhaltung der EU-Standards konsequent einfordern. Zwar behaupten Miele und andere Hersteller, die Entsorgungsstandards einzuhalten, doch nach Ansicht der DUH ist dies unglaubwürdig, so lange sie keine Nachweise von neutralen und hierfür akkreditierten Prüfern vorlegen. Verbraucherinnen und Verbrauchern sollte jedoch die klimafreundliche Entsorgung jedes Altgeräts garantiert werden. (mh) ■

Anzeige

taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin



Sind die Jungen die großen Verlierer der Corona-Pandemie?

Mit Isolde Charim, Lorraine Hellwig, Klaus Hurrelmann, Zino I., Diana Kinnert, Wolf Lotter, Jagoda Marinić, Jean Peters, Johannes Vogel und Harald Welzer.

Vier Ausgaben für 30 Euro:

tazfutzurwei.de/abo
futzurwei.abo@taz.de
T (030) 25 902 200

FUTURZWEI-Abo-Prämie

Limitierter Siebdruck auf Bio-Baumwollrucksack gestaltet von Donata Kindesperk für taz FUTURZWEI



FUTURZWEI

Magazin für Zukunft und Politik



Junge Klimaschutz-Aktive und das Team der DUH stellten sich im Januar 2020 auch der Presse.

Klimaschutz

Jubel vor dem Bundesverfassungsgericht

Um die Politik zu ernsthaftem und wirkungsvollem Gegenlenken gegen den Klimawandel zu zwingen, hat die Deutsche Umwelthilfe bereits mehrere „Klimaklagen“ auf den Weg gebracht. Darunter im Januar 2020 zwei Verfassungsbeschwerden.

Es gibt Momente, die die Welt bewegen. Am 26. November 2019 erreichte DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch der Brief einer elfjährigen Schülerin aus München. Marlene bat um Unterstützung, „die Regierung zu verklagen“. Ihre Lebensgrundlagen würden zerstört und die Politiker würden diese nahende Katastrophe nicht ernst genug nehmen. Sie schrieb: „Ich möchte, dass die Menschen in 100 bis 150 Jahren noch wissen, was Schnee ist.“ und schloss „Über eine baldige Antwort würde ich mich freuen.“ Zu dieser Zeit bereiteten Jürgen Resch und Rechtsanwalt Remo Klinger tatsächlich eine Klage für Klimawandelbetroffene aus Nepal und Bangladesch vor. Marlenes Brief gab den Impuls, zusätzlich eine eigenständige Klimaklage für Jugendliche zu entwickeln. Der Idee schlossen sich zehn weitere Kinder,

Jugendliche und junge Erwachsene, unter ihnen auch Fridays for Future-Aktive, aus Deutschland an. Die Elfjährige hat damit eine denkwürdige Entwicklung ins Rollen gebracht.

Neben der Deutschen Umwelthilfe unterstützten auch der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Solarenergie-Förderverein Deutschland sowie Germanwatch und Greenpeace insgesamt zwei weitere Verfassungsbeschwerden.

Die bedeutendste Entscheidung für den Umweltschutz in der Geschichte des Verfassungsgerichts

Marlenes Bitte hatte grandiosen Erfolg: Das Bundesverfassungsgericht hat Ende April 2021 erstmalig festgestellt, dass die Bestimmung zum Umweltschutz in Artikel

20a Grundgesetz auch eine verfassungsrechtliche Pflicht des Staates zur zügigen Erreichung von Klimaneutralität bedeutet. Je weiter der Klimawandel voranschreitet, desto mehr rechtfertigt dieses „Klimaschutzgebot“ Eingriffe in Grundrechte. Es ist selbst kein individuelles Grundrecht, aber das Gebot setzt der Politik wichtige Grenzen und seine Einhaltung unterliegt der gerichtlichen Überprüfung.

In der 127-seitigen Entscheidung haben die Verfassungsrichter das Klimaschutzgesetz der Bundesregierung insofern für verfassungswidrig erklärt, als die derzeit junge Generation in ihrem „Recht auf (eine lebenswerte) Zukunft“ nicht ausreichend geschützt werde. Die Bundesregierung muss ihr mangelhaftes Gesetz grundlegend überarbeiten und die Zukunft der Kinder schützen.



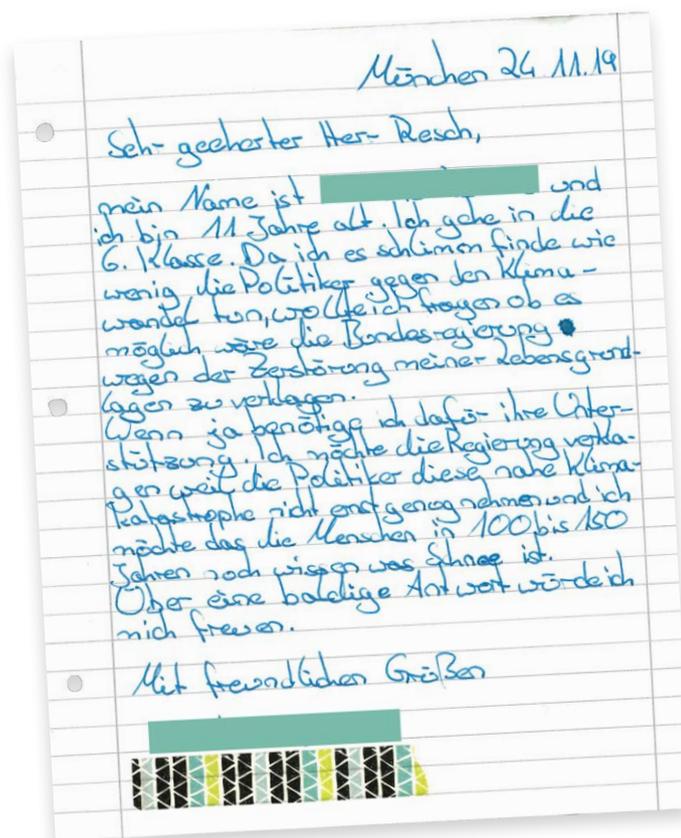
»Sogar das Verfassungsgericht stellt klar heraus, dass die Lasten gleich zu verteilen sind und nicht auf die nachfolgende Generation abgeschoben werden dürfen.«

Remo Klinger, Rechtsanwalt

Klagen als Instrument gegen lahrende Klimapolitik

Im September 2020 und im März 2021 haben wir zwei weitere Klimaklagen vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg eingereicht und auf der Ebene der Bundesländer eine gegen das Land Nordrhein-Westfalen. Wir wollen damit schärfere, konkrete Klimaschutzmaßnahmen im Verkehrsbereich, in der Landwirtschaft und für energieeffiziente Gebäude durchsetzen. Mit der historischen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Rücken ist unser Erfolg greifbarer geworden. „Das ist auch bitter nötig, denn sogar das Verfassungsgericht stellt klar heraus, dass die Lasten gleich zu verteilen sind und nicht auf die nachfolgende Generation abgeschoben werden dürfen“, betont Rechtsanwalt Klinger, der die Verfassungsbeschwerden mit Unterstützung der DUH vertrat. Beim derzeitigen Plan der Bundesregierung wird aber das gesamte verfügbare CO₂-Budget, das Deutschland angesichts des 1,5 Grad-Limits noch zusteht, bis 2030 verbraucht. Damit dürfte ab 2031 kein einziges Gramm CO₂ mehr ausgestoßen werden.

„Weil die Lage so dringend ist, sollen die bisherigen auch nicht die einzigen Klimaklagen der Deutschen Umwelthilfe bleiben“, sagt Resch. „Wir planen und tüfteln fleißig weiter im Kampf gegen die Erderhitzung – jetzt erst recht!“ (1)



Dieser Brief kam im richtigen Moment und wurde zum Auslöser einer Verfassungsbeschwerde.

Das DUH-Sofortprogramm

Gleich nach dem Urteilsspruch aus Karlsruhe hat die Deutsche Umwelthilfe sich mit der Forderung nach einem 8-Punkte-Sofortprogramm an die Politik gewandt. Damit könnten hunderte Millionen Tonnen CO₂ bis 2030 eingespart werden:

- Einführung eines **Tempolimits auf Autobahnen von 120 km/h** verbunden mit **Tempo 80 außerhalb** und **Tempo 30 in der Stadt**: Das bringt bis 2034 eine Einsparung von bis zu 100 Millionen Tonnen CO₂
- Beschleunigte Umsetzung der **Verkehrswende**, das heißt keine Zulassung von Neuwagen mit Verbrennungsmotor ab den 1.1.2025, Stopp der gerade eingeführten LKW-Kaufprämie, Reaktivierung der stillgelegten Güterverkehrsinfrastruktur und einhundertprozentige Elektrifizierung der Bahnstrecken bis 2030
- Abschaffung der **Diesel- und Dienstwagensubventionierung**
- Stopp der **Gaspipeline Nord Stream 2**, was alleine zusätzliche 100 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr verhindert
- Stopp für alle geplanten **Flüssiggas-Terminals** an der deutschen Nordseeküste
- Sofort-Förderprogramm für die **energetische Sanierung von öffentlichen Gebäuden**, beginnend bei allen Schulen im Land, um den Rückstand bei den CO₂-Emissionen von Gebäuden aufzuholen
- Vorziehen des **Kohleausstiegs** auf 2030
- Anhebung der Ausbaupfade für **Erneuerbare Energien** und Beschleunigung der Genehmigungsverfahren



In der Bauphase gibt es große Potenziale für den Klima- und Ressourcenschutz.

Die Wahl der Baumaterialien ist entscheidend

Ein sparsamer Material- und Ressourcenverbrauch sollte selbstverständlich sein. Eine Vielzahl unterschiedlicher Baustoffe und Verfahren bietet bereits große Potenziale, die Graue Energie zu reduzieren. So binden zum Beispiel Holz-Baustoffe den beim Wachstum eingelagerten Kohlenstoff über die gesamte Nutzungsdauer. Hingegen ist die Herstellung von Beton sehr CO₂-intensiv – bei einer Tonne Zement entsteht etwa eine halbe Tonne CO₂.

Bereits die Planungsphase entscheidet über die spätere Rückbaufähigkeit und Weiter- bzw. Umnutzungspotenziale eines Gebäudes und das Weiterverwenden seiner Baustoffe. Dafür ist es wichtig, Materialpässe für Gebäude zu erstellen. Noch wichtiger als der nachhaltige Neubau sind die Um- und Wiedernutzung bestehender Gebäude und somit der darin gebundenen Energie und Rohstoffe.

Nicht alles liegt aber in der Entscheidung der Eigentümerinnen und Eigentümer. Von der Politik fordert die DUH, Rahmenbedingungen für nachhaltiges Bauen zu setzen: angefangen von Baugesetzen, die Um- und Wiedernutzung erleichtern über das Gebäudeenergiegesetz, das den Energieverbrauch während des gesamten Lebenszyklus berücksichtigen muss, bis hin zu Regelungen, die die Kreislaufführung von Baustoffen verbessern.

Auch bei der Wärmedämmung engagiert sich die DUH für klima- und ressourcenfreundliches Bauen: Mit Fachdialogen bringt sie Hersteller, Architekten und Entsorger zusammen. Politisch setzt sie sich für die Verbreitung umweltfreundlicher Innovationen ein. Dazu gehören etwa klimaschonende Dämmstoffe aus alten Zeitungspapieren, Rückbaukonzepte sowie neuartige Recyclingverfahren für Polystyrol-Dämmstoffe. (aw, dg)

Förderer des Projekts „Innovationen Wärmedämmung“:



www.dbu.de

Graue Energie

Das Bauen neu denken

Geht es um Klimaschutz in Gebäuden, betrachtet man fast ausschließlich den Energieverbrauch während der Nutzungsphase. Doch der Bausektor verursacht hierzulande mit der Herstellung von Baustoffen und dem Bauen selbst etwa acht Prozent der Treibhausgasemissionen.

Jährlich werden in Deutschland über 500 Millionen Tonnen Rohstoff verbaut und über die Hälfte des Abfallaufkommens entsteht im Bausektor. Die Ressourcen aus Bauabfällen gehen meist verloren. Wenn überhaupt, werden sie vor allem im Straßenbau verwendet, statt sie höherwertig weiterzuverwenden oder zu recyceln.

Den ganzen Lebenszyklus in den Blick nehmen

Leider ist der Neubau auf der grünen Wiese oft einfacher und günstiger als das Sanieren, Umbauen und Umnutzen bestehender Gebäude. Förderpolitik und rechtliche Rahmenbedingungen setzen hier einen Anreiz zum Flächenfraß.

Eine ganzheitliche Betrachtung des Lebenszyklus von Gebäuden ist notwendig. Sie muss bereits in der Planungsphase beginnen und auch „Graue Energie“ und „Graue Emissionen“ betrachten. Damit sind der Energiebedarf und die Treibhausgasemissionen für die Baustoffproduktion sowie die Errichtung, den Rückbau und die Entsorgung eines Gebäudes gemeint. Setzt man einen Lebenszyklus von fünfzig Jahren an, so entfallen heute bei einem typischen Neubau die Hälfte der Treibhausgasemissionen und des Energieaufwands auf die Herstellungsphase. Daher gilt es, möglichst ökologische Baustoffe zu verwenden, sie beim Abriss sortenrein zu trennen und in die Wiederverwendung oder das Recycling zu führen.

Interview

»Die umweltfreundlichen Rahmenbedingungen brauchen wir jetzt«

Barbara Metz, Stellvertretende Bundesgeschäftsführerin, benennt politische Missstände, die dazu führen, dass das Bauen sich zu wenig an Umwelt- und Klimaschutz orientiert.

Sie fordern, den Lebenszyklus der Gebäude zu betrachten. Warum ist das so wichtig?

Barbara Metz: Wir können die Klimaziele nur erreichen, wenn alle Einsparpotenziale des Bausektors ausgeschöpft werden. Das geht nur, wenn wir den gesamten Lebenszyklus von Gebäuden, also ihre Herstellung, Errichtung und Entsorgung mitdenken. Wir dürfen nicht mehr so verschwenderisch mit begrenzt verfügbarer Energie und endlichen Ressourcen umgehen. Allein in einem Einfamilienhaus können bis zu 200 Tonnen Sand stecken, der immer häufiger auch aus Meeren oder Flüssen stammt. Dass Bauen nicht nachhaltig gedacht wird, wird gerade beim Effizienzerlass der Bundesregierung für öffentliche Bundesgebäude besonders deutlich. Hier werden zwar endlich ambitionierte Effizienzstandards für Neubau und Sanierung festgelegt, Kreislaufwirtschaftsaspekte aber vollkommen außen vor gelassen. Wenn nicht berücksichtigt wird, wieviel Energie, Emissionen und Ressourcen bereits in einem Gebäude stecken, kann das dazu führen, dass ein Neubau als günstiger bewertet wird als die Weiter- und Umnutzung. Das darf nicht passieren!

Warum haben sich ökologische Ansätze im Bauen noch nicht in der Breite etabliert?

Barbara Metz: Das liegt zum einen daran, dass in vielen Fällen für Investoren der Neubau nicht nur die günstigste, sondern auch die einfachste Lösung ist. Oftmals stellt die Umnutzung oder der Umbau eines Gebäudes einen bürokratisch deutlichen höheren Aufwand dar, als der Neubau auf bereits ausgewiesenem Bauland. Dieses Ungleichgewicht sehen wir übrigens auch in der Förderung von Energieeffizienz – viel mehr Geld fließt in den Neubau als in die energetische Sanierung. Zudem dürfen der Abriss von Gebäuden und das Verschwenden wertvoller Ressourcen nicht einfacher und günstiger als nachhaltigere Lösungen sein. Die Wiederverwendung und das Recycling von Bauabfällen müssen gesetzlich verpflichtend werden. Rückbaubare Gebäude aus nachhaltigen Materialien müssen zur Norm und unnötige Verbrennung und Deponierung von



» Der Abriss von Gebäuden und das Verschenden wertvoller Ressourcen dürfen nicht einfacher und günstiger als nachhaltigere Lösungen sein. «

Barbara Metz

Bauabfällen gestoppt werden. Deshalb muss eine Vielzahl von Gesetzen, Verordnungen, aber auch die Landschaft der Förderprogramme viel stärker den gesamten Lebenszyklus bzw. die Kreislaufwirtschaft integrieren, vom Baurecht bis zum Abfallrecht. Das hilft auch dem Klimaschutz.

Wer muss also handeln?

Barbara Metz: In allererster Linie muss die Politik Rahmenbedingungen schaffen, die nachhaltiges und lebenszyklusorientiertes Bauen voranbringen. Wir haben ein absolut uneinheitliches Baurecht mit 16 unterschiedlichen Landesbauordnungen. Beim energieeffizienten Bauen und Sanieren wird sowohl im Ordnungsrecht als auch in der Förderung bisher nur die Nutzungsphase betrachtet. Es kann auch nicht sein, dass wir heute Gebäude bauen, ohne einheitlich festzuhalten, welche Materialien und Baustoffe wie verwendet werden, wir brauchen also dringend Materialpässe für Gebäude.

Aber natürlich können auch Verbraucherinnen und Verbraucher entscheiden, ob sie lieber ein bestehendes Gebäude sanieren oder neu bauen und dabei auf die Verwendung nachhaltiger und ökologischer Produkte und Verfahren achten. Dann sollte man sich an Planer und Architekten wenden, die sich im Themenbereich des nachhaltigen Bauens gut auskennen. Zudem bieten einige Kommunen Förderprogramme, zum Beispiel bei Verwendung ökologischer Dämmstoffe, an.

Der Klimaschutz in Gebäuden ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und aufgrund der langen Lebenszyklen von Gebäuden ist es enorm wichtig, dass entsprechende Rahmenbedingungen jetzt geschaffen werden, sonst kommen sie für den Klimaschutz zu spät. ■



Die Fragen stellte
Projektmanagerin
Anna Wolff.



Umweltgerechtigkeit

Energiearmut verhindern



Die Deutsche Umwelthilfe unterstützt die Modellstädte Nürnberg und München bei der Bekämpfung von Energiearmut. Bestehende Angebote der Städte sollen bekannter werden und so für die, die darauf angewiesen sind, leichter zugänglich sein. Deutschland- und europaweit werden andere Städte zum Nachahmen inspiriert.

Von Energiearmut wird landläufig gesprochen, wenn Haushalte nicht oder nur mit Mühe und Not ihre Energierechnungen für Strom und Heizen bezahlen können. Betroffen sind in der Regel einkommensschwache Haushalte, insbesondere Bezieherinnen und Bezieher von Transferleistungen. Auch wenn es in Deutschland keine anerkannte Definition für Energiearmut gibt, ist die Problemlage äußerst real. Jahr für Jahr wird rund 300.000 Haushalten wegen Zahlungsverzug der Strom abgedreht, fast fünf Millionen die Sperre angedroht. Für die Betroffenen stellt dies meist eine enorme Belastung neben vielen anderen armutsbedingten Alltagsorgen dar. Für die Versorger ist das Sperrprozedere mit einem großen Verwaltungsaufwand verbunden.

Zwar übernimmt das Sozialamt in Deutschland die Heizkosten für Bezieher von Arbeitslosengeld II. Die Stromkosten allerdings sind Teil des ausgezahlten Regelsatzes. Der ist so gering bemessen, dass die Kosten häufig nicht beglichen werden können, ohne an anderen Stellen des Haushaltsbudgets zu kürzen. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn die Warmwasserbereitstellung strom-

basiert per Durchlauferhitzer erfolgt oder es andere Stromfresser im Haushalt gibt.

Alltagstaugliche Hilfsangebote

Genau hier setzen die vorbildlichen Projekte unserer Modellstädte an: Neben die einschlägigen bundesweiten Transferleistungen stellen sie ihre kostenlosen kommunalen Beratungs- und Unterstützungsangebote. Das Nürnberger EnergieSparProjekt bietet seinen Kunden eine intensive Vorort-Beratung zu den Themen Strom und Heizen aus einer Hand. Geschulte Energieberaterinnen und -berater geben Tipps zum energiesparenden Verhalten, verschenken LEDs, Wassersparaufsätze und Kühlschrankschrankthermometer oder erstellen im Einzelfall bauphysikalische Gutachten, um einen erhöhten Wärmebedarf nachzuweisen. In München gibt es gleich mehrere Ansätze zur Bekämpfung von Energiearmut: Eine Energieberatung für Geringverdienende durch die Stadtwerke München, eine sozialpädagogische Energieberatung für Menschen mit besonderen Bedürfnissen durch I.S.AR, das Institut für sozialpädagogische Arbeit, einen Härtefallfonds sowie

das Projekt ‚Weiße Ware‘ des Sozialamtes, das hilft, alte, energiefressende Elektrogerätschaften zu tauschen. All diese Ansätze verhindern oder lindern die Folgen der Energiearmut.

Für den Schutz des Klimas und um soziale Härten zu verhindern, entwickelt die DUH gemeinsam mit ihren Projektpartnern einen „Instrumenten-Baukasten“ mit maßgeschneiderten Lösungsansätzen gegen Energiearmut, der kommunalen Praktikern in Deutschland und Europa zu Gute kommen soll. Zudem unterstützt die DUH die Städte Nürnberg und München, ihre zielgruppengerechte Kommunikation zu verbessern, um die Menschen über Internet, lokale und Soziale Medien zu erreichen, sie aber auch vor Ort „abzuholen“. Die DUH produziert eine Audio-Interviewreihe mit Vertretern der jeweiligen Projekte. All dies dient dem Zweck, andere Städte zum Nachahmen zu inspirieren. (rw) ■

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Greenwashing

Der Goldene Geier 2021 geht an RWE

Auch dieses Jahr hat die DUH wieder die Verbraucherinnen und Verbraucher zur Suche nach der dreistesten Umweltlüge aufgerufen, um gemeinsam auf Greenwashing hinzuweisen. Fast 2.000 Unternehmen, Produkte und Dienstleistungen wurden online nominiert, die Klima- oder Umweltfreundlichkeit versprechen, in Wahrheit aber Umweltsünder sind. In der anschließenden Abstimmung über die finalen fünf Kandidaten lag RWE weit vorne.



Die DUH hat RWE den Goldenen Geier an der Konzernzentrale in Essen übergeben.

Anfang Juni überreichte die Stellvertretende DUH-Bundesgeschäftsführerin Barbara Metz den Goldenen Geier an einen Vertreter des Energiekonzerns RWE am Firmensitz in Essen. Rund 25.000 Verbraucherinnen und Verbraucher haben mitgemacht und online über die „dreisteste Umweltlüge des Jahres“ abgestimmt. Der Hintergrund: Mit „Schon heute ist der größte Teil unseres Kerngeschäfts grüner Strom“ und ähnlichen Sprüchen wirbt das Unternehmen in Imagefilmen, auf Plakaten und in Internet-Kampagnen aktuell für sich und seinen Strom. Die Wirklichkeit sieht allerdings ganz anders aus: 2020 lag der tatsächliche Anteil Erneuerbarer Energien

bei der Energieerzeugung des Konzerns bei lediglich 20,2 Prozent. Damit blieb er nicht nur weit hinter dem eigenen Versprechen zurück, sondern auch weit hinter dem deutschen Strommix, der bei rund 46 Prozent lag. RWE ist damit einer der größten CO₂-Verursacher Europas.

Die DUH will den Druck auf RWE weiter erhöhen. Wenn Sie etwas gegen das Greenwashing des Konzerns unternehmen möchten, können Sie ihm eine Protestmail senden:

www.duh.de/GoldenerGeier



„Der Konzern erwirtschaftet jährlich Milliarden Euro mit Kohlekraft und zockt alle Menschen ab, die mehr Klimaschutz wollen und den Umweltlügen Glauben schenken“, kritisiert Metz. „Den Schaden haben wir alle: Allen voran Umwelt und Klima, die Verbraucherinnen und Verbraucher aber auch diejenigen Unternehmen, die ehrlich an wirklich umwelt- und klimafreundlichen Produkten arbeiten.“

Alleine im vergangenen Jahr hat der Konzern über 70 Millionen Tonnen Treibhausgase aus eigenen Kraftwerken in die Luft gepustet. Im rheinischen Braunkohlerevier betreibt RWE die größten CO₂-Schleudern Deutschlands und wehrt sich vehement gegen den Kohleausstieg vor 2038. Schlimmer noch: Trotz des geplanten Kohleausstiegs werden weiterhin ganze Dörfer umgesiedelt.

Umweltsünden mit grünem Anstrich

RWE erhielt 44 Prozent der Stimmen und hat die Abstimmung mit großem Vorsprung gewonnen. Auf den weiteren Plätzen folgten Nespresso mit 20 Prozent für ihre umweltschädlichen Einweg-Kaffeekapseln, die Firma Tetra Pak, die Einweg-Getränkerverpackungen als besonders nachhaltig schönredet mit 17 Prozent (Seite 14), BMW Motorräder mit elf Prozent für ihre extreme Lärmbelastung und auf Platz fünf mit acht Prozent der Stimmen die Pflegeserie „Nature Box“ von Henkel und Schwarzkopf, deren Einweg-Plastikverpackungen sich „Social Plastic“ nennen.

Die DUH fordert von allen nominierten Unternehmen, ihre Firmenpolitik zu ändern und auf wirklich nachhaltige Produkte und Verfahren umzustellen. Gegenüber RWE startet sie eine Protestmail-Aktion. (ak) ■

Meeresnaturschutz

Meere brauchen weltweit mehr Schutz

Trotz zahlreicher rechtlich verpflichtender Schutzvorgaben sind unsere Meere in einem schlechten ökologischen Zustand. Um marine Ökosysteme zu schützen, brauchen wir dringend effektive Meeresschutzgebiete; das schließt auch Gebiete ein, die frei von jeglicher Nutzung durch Menschen sind. Die dafür notwendigen Maßnahmen müssen beschlossen, umgesetzt und deren Einhaltung streng kontrolliert werden. Dafür setzt sich die DUH in der Nord- und Ostsee ebenso ein wie im Südpolarmeer.

Gesunde Meere sind essenziell für unser Überleben und Wohlergehen. Sie sind eine wichtige Quelle tierischen Proteins für uns Menschen, produzieren Sauerstoff und regulieren das globale Klima, indem sie große Mengen CO₂ speichern. Nicht nur die Klimakrise bedroht die marinen Lebensräume und deren Biodiversität: Die Meere sind überfischt, übernutzt, verschmutzt und eutrophiert. Auch um die deutsche Nord- und Ostsee steht es schlecht, intensive Nutzungen wie Fischerei, Schiffsverkehr und Rohstoffabbau tragen erheblich dazu bei. Und selbst im Südpolarmeer sieht es nicht besser aus: Das Weddellmeer ist eines der entlegensten Meeresökosysteme der

Welt, doch Eisschmelze, Wassererwärmung und Fischerei verschlechtern die Lebensbedingungen für die einzigartige Tier- und Pflanzenwelt. Das hat fatale Folgen, da das Südpolarmeer unser Klima stabilisiert und Strömungen von hier aus wichtige Nährstoffe in die Ozeane zirkulieren, die Fische und Menschen weltweit ernähren. Gemeinsam mit internationalen Meeresschutzorganisationen erhöht die DUH den Druck auf Staats- und Regierungschefs, die Meere der Antarktis unter Schutz zu stellen. Auf nationaler Ebene setzen wir uns bei den zuständigen Ministerien für effektive Managementpläne und nachhaltige Fischereiregelungen in Meeresschutzgebieten ein.

Oasen der Vielfalt

Meeresschutzgebiete sind Oasen der Vielfalt. Sie einzurichten, ist ein wichtiges Instrument des Meeresschutzes, denn sie dienen als Ruhe-, Rückzugs- und Erholungsraum für viele, teils gefährdete Arten. Studien belegen, dass dort Lebensgemeinschaften vielfältiger und Meerestiere viel zahlreicher als in ungeschützten Gebieten sind. Dadurch sind Ökosysteme stabiler und Populationen anpassungs- und widerstandsfähiger gegen Stressfaktoren wie die Klimakrise oder die Fischerei.

Weltweit sind bisher zirka sieben Prozent der Meere als Meeresschutzgebiete

Wenn auch Sie den öffentlichen Druck zum Schutz des Südpolarmeeres und der Nord- und Ostsee erhöhen wollen, unterschreiben Sie unsere Petitionen:

„Stellnetze raus aus den Meeresschutzgebieten“:
www.change.org/schweinswal-retten

und „Schutz des Südpolarmeeres“:
www.duh.de/projekte/antarktis-retten/

Wichtige Nahrungsquelle

Die Meere liefern die Nahrung für mehr als drei Milliarden Menschen weltweit. Gleichzeitig ist heute jeder dritte bewirtschaftete Fischbestand überfischt. Schutzgebiete ohne Fischerei sind Zufluchtsort für bedrohte Arten, bieten Schutz für Jungfische und dienen als ungestörter Lebensraum für Nahrungsaufnahme und Fortpflanzung. In Meeresschutzgebieten gibt es mehr, größere und ältere Tiere. Gelangen diese Tiere in ungeschützte Gebiete, können sie dort zur Regenerierung überfischter Bestände beitragen. Dies hat auch wirtschaftliche Vorteile für die Fischerei: höhere Fangmengen in unmittelbarer Nähe zum Schutzgebiet und Fang größerer Tiere.

Verbündete in der Klimakrise

Der Meeresboden ist global die größte Kohlenstoffsенке. Die weltweite Grundschleppnetzfisherei, bei der schwere Netze über den Meeresboden gezogen werden, setzt jährlich bis zu 1,5 Gigatonnen dieses Kohlenstoffs ins Meerwasser frei, der dort mit Sauerstoff zu CO₂ reagiert und die Meere

versauert. Das sind mehr Emissionen als der gesamte Luftverkehr 2019 weltweit verursacht hat. Bei einem Verbot von Grundschleppnetzen könnten sich Seegraswiesen, die große Mengen an Treibhausgasen aus der Atmosphäre filtern, erholen. Außerdem sind Fotosynthese betreibende Organismen wie Phytoplankton und Seegras die grünen Lungen der Meere und produzieren die Hälfte des Sauerstoffs auf der Erde. Zusätzlich absorbieren sie Nährstoffe und Schadstoffe aus dem Wasser.

Der Mensch braucht das Meer

... und zwar viel mehr, als das Meer den Menschen braucht. Viele unserer elementarsten Grundbedürfnisse sind von gesunden Meeren abhängig. Deshalb brauchen wir dringend effektive Meeresschutzgebiete, die diesen Namen verdienen. In Deutschland, dem Südpolarmeer und auf der ganzen Welt. (ka, kf, ak)

Gefördert durch



ausgewiesen, nur 2,7 Prozent von ihnen stehen unter strengem Schutz. Die DUH fordert, 30 Prozent der weltweiten, aber auch der deutschen Meeresflächen zu schützen und 50 Prozent dieser geschützten Meeresflächen von jeglicher menschlichen Nutzung freizuhalten, sogenannte Nullnutzungszonen.

Klimakrise und Fischerei bedrohen die Antarktis und ihre Meere.

Seegras erfüllt vielfältige Funktionen wie Küstenschutz, Kohlenstoffspeicher, Schadstoffregulierung und Sauerstoffproduktion.



Landwirtschaft

DUH deckt auf:

Millionen klimaschädliche Massentierhaltungsplätze geplant

Bei den meisten Menschen hat es sich bereits herumgesprochen: Klimaschutz in der Landwirtschaft geht nur mit einer Reduzierung der Fleischerzeugung. Doch die Bundesregierung brät der Fleischindustrie eine Extrawurst und lässt auch beim Nachbessern des Klimaschutzgesetzes die Expansion neuer Klimakiller-Ställe einfach außen vor. Die DUH deckt auf, dass in Deutschland neue Tierfabriken geplant werden, während Nachbarländer Tierbestände aus Umweltgründen reduzieren.

Recherchen der DUH zeigen, dass in Deutschland aktuell über drei Millionen Tierplätze neu geplant sind. Der Tierhaltung direkt sind 64 Prozent der Klimaemissionen aus der Landwirtschaft zuzuordnen, 40 Millionen Tonnen pro Jahr. Ein Stall wird in der Regel rund 20 Jahre lang betrieben.

Der geplante Ausbau der besonders klimaschädlichen Tierhaltung in industriellen Maßstäben steht also in einem krassen Widerspruch zum aktuellen Reduktionsziel der Klimaemissionen aus der Landwirtschaft um 25 Millionen Tonnen bis 2030 und 45 Millionen Tonnen bis 2045. Diese Ziele sind nur mit einer Reduzierung der Tierfabriken zu erreichen. Kurz: Bauernhöfe statt Tierfabriken!

Moratorium gegen den Bau neuer Massentierhaltungsställe

Die DUH fordert ein deutschlandweites Moratorium gegen den Bau neuer Stallanlagen mit zusätzlichen Tierplätzen und einen Ausstiegsplan aus der industriellen Massentierhaltung. Für den Umbau bestehender Ställe sind die für Klima- und Tierschutz gleichermaßen besten Verfahren im „Nationalen Bewertungsrahmen Tierhaltung“ bereits exakt beschrieben. Tier- und umweltgerechtere Schweineställe sind zum Beispiel Offenställe, in denen die Tiere Futterstelle, Ruhebereich und Klo trennen können. Das kann Luftschadstoffe wie Ammoniak mehr als halbieren. Die Hühnerhaltung in Mobilställen wird gesellschaftlich honoriert und ermöglicht neue Wege der artenfreundli-

chen Grünlandnutzung. Die Weidehaltung von Rindern kann Klimaemissionen ebenfalls massiv reduzieren und klimaschädliche Soja-Importe aus Regenwaldregionen bremsen.

Billigfleisch für den Weltmarkt

Der Fleischkonsum in Deutschland sinkt. Trotzdem verändert sich die Tierhaltung hierzulande nicht. Es herrscht eine gewaltige Überproduktion, rechnerisch wird rund jedes fünfte Kilo Fleisch exportiert. Die Masse am Markt ermöglicht es Schlachthöfen, die Erzeugerpreise auf ein unfair niedriges Niveau zu drücken. So niedrig, dass die deutsche Fleischindustrie auf dem Weltmarkt mit Billigfleisch aus Brasilien und Thailand konkurriert. Supermärkte in

Deutschland profitieren davon und bieten ihrerseits Fleisch zu Ramschpreisen an. Externe Kosten etwa wegen Klimaschäden, Überdüngung mit Gülle und Verlust von wirksamen Antibiotika in Folge von resistenten Krankheitserregern aus dem Stall müssen vor allem künftige Generationen zahlen.

Verdrängt mehr Klima- und Tierschutz in Deutschland die Produktion ins Ausland? Nein. EU-Umweltregeln für Wasserschutz und Luftreinhaltung limitieren die Tierhaltung in ganz Europa einheitlich. Allerdings setzt Deutschland einige dieser EU-Gesetze nicht um und riskiert damit hohe Strafzahlungen. Dagegen reduzieren aktuell EU-Nachbarländer im Rahmen des Klima-, Tier-, Wasser- oder Gesundheitsschutzes die Tierzahlen. Statt uns mit Fleisch zu fluten, lieferten sie 2020 im Vergleich zu 2019 sogar 61 Prozent, fast eine halbe Million weniger Schweine an Schlachthöfe in Deutschland.

Klima-Urteil konterkariert

Neue Großmastanlagen konterkarieren das Klima-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes (siehe Seite 18). Stattdessen brauchen wir einen Umbau in der Tierhaltung: Die DUH fordert, das Platzangebot je Tier gesetzlich massiv zu vergrößern, die Tierzahl an die hofeigene Fläche zu binden und Klimaemissionen auf diesem Weg zu senken. Antibiotikamissbrauch im Stall muss verboten, die Haltungsform und Gentechnikfutter müssen auf Lebensmitteln vom Tier gekennzeichnet werden. Bisher darf auf Verpackungen von Fleisch aus indus-

trieller Tierhaltung „Wiesenhof“ stehen. Legal ist es auch, „Meine Metzgerei“ auf Fleisch aus industriellen Megaschlachthöfen mit miserablen Arbeitsbedingungen zu schreiben, obwohl Handel und Fleischindustrie uns damit in die Irre führen. Die DUH fordert: Schluss mit der Verbrauchertäuschung! Fleisch aus Massentierhaltung muss erkennbar werden – so wie heute schon das Käfigei mit der „3“ im Stempelcode auf Frischeiern. (rb)

Förderer:



Unterstützen Sie unsere E-Mail-Protestaktion zum Stopp neuer Massentierhaltungsanlagen und fordern Sie Bund und Länder auf, ein Moratorium gegen zusätzliche Tierplätze zu erlassen:

www.duh.de/massentierhaltung

Anzeige

BIOMAGAZIN
Natürlich Gesund Leben

3 AUSGABEN ZUM PREIS VON 2 NUR € 11,80

BIO TESTEN IM GÜNSTIGEN PROBEABO!

gaia
 Bienenwachstuch
 Nachhaltige Frischhaltefolie
 Sustainable Food Wrap

+ **Bienenwachstuch als Geschenk**

JETZT BESTELLEN UNTER BIOMAGAZIN.DE

Magazine cover highlights:
 - **NATÜRLICH INSEKTEN ABWEHREN**
 - **HEUSCHNUPFEN** (Ursprung auf die sanftere Art)
 - **DEPRESSION** (Was ist der Zusammenhang?)
 - **GRÜNE ANTI-BIOTIKA** (Pflanzopfer gegen Bakterien)
 - **CORONA IMPFUNG** (ALLES, WAS SIE WISSEN MÜSSEN)
 - **SÄSSE SMOOTHIES & SHOTS**
 - **ARZT - PATIENT** (50 Funktionen die Beziehung)
 - **BIO TESTET** (Nagelwörter auf dem Grill)



Hier entsteht ein Wildblumen-Paradies – Nahrungsquelle für viele heimische Insekten.

Artenschutz

Wir säen für die Insektenwelt

Die Deutsche Umwelthilfe und viele andere Akteure haben gemeinsam das Insektenbündnis Hannover gegründet. Dort trägt die DUH ganz praktisch zu einem besseren Blühangebot bei. Das ergänzt ihren Einsatz für eine naturnahe Landwirtschaftspolitik.

Mitte April war es so weit: Das Rückepferd Geert bereitete das Saatbett. Bei der Handaussaat mit dabei: Hannovers Oberbürgermeister Belit Onay. Auf 5.000 Quadratmetern entsteht im Heidekampviertel ein Insektenparadies aus einer Saatgutmischung mit mehrjährigen, heimischen Wildblumen.

Das Insektenbündnis wurde Ende 2020 auf Initiative von DUH, NABU, BUND und Umweltzentrum Hannover gegründet. Es ist ein Zusammenschluss von über 20 Partnern, darunter die Leibniz Universität Hannover, das Landvolk, der Kleingarten- sowie der Imkerverband, Umweltinstitutionen sowie der Stadt selbst, die mit einstimmigem Beschluss des Stadtrates beigetreten ist. Dank unterschiedlicher Kompetenzen und trotz teilweise konträrer Meinungen treiben

die Beteiligten ihr Anliegen konstruktiv voran. Die bereits laufenden kommunalen Aktivitäten zur Erhöhung der Artenvielfalt heben die Bündnispartner als erste wichtige Ansätze hervor.

Dennoch fordern die Umweltverbände weitere Schritte: Dazu zählen ein ganzheitliches Konzept für den Insektenschutz und die Steigerung der Biodiversität im gesamten Stadtgebiet. Hierfür sind die konsequente Umsetzung eines ökologischen Grünflächenmanagements und Biotopvernetzung mit regelmäßigem Monitoring notwendig. Mit Umweltbildung und Öffentlichkeitsarbeit sollen Bürgerinnen und Bürger aller Altersstufen für die faszinierende Insektenwelt begeistert und zur Schaffung möglichst vieler Insektenparadiese motiviert werden. Jeder Quadratmeter zählt! (gf) ■

Artenschutz-Broschüre

Konkurrenz am Teich

Die Wiederausbreitung des in weiten Teilen Deutschlands ausgerotteten Fischotters ist ein großer Erfolg für den Natur- und Gewässerschutz. Aber das Wildtier des Jahres 2021 kehrt auch in Regionen mit kommerzieller Fischproduktion zurück und sorgt hier für Konfliktstoff.

In einer Dialogreihe der DUH wurde deutlich: Naturschutz und Teichwirtschaft stehen an sich auf der gleichen Seite. Teichlandschaften stellen oft selbst geschützte Biotope dar, die von der naturschutzgerechten Bewirtschaftung profitieren. Das bedeutet viel Handarbeit und den Verzicht auf Maximalerträge. Damit sind die wirtschaftlichen Spielräume eng, ungebetene Mitesser am Teich bringen das Fass zum Überlaufen. Der Ruf nach Bejagung wird lauter.



Zwar ist der Fischotter gesetzlich streng geschützt. Doch für die friedliche Koexistenz am Teich gibt es kein Patentrezept. Sie ist ein Gestaltungsauftrag für die Akteure in den betroffenen Regionen und für den förderpolitischen Rahmen. In einer Orientierungshilfe stellt die DUH dafür Anregungen und Bausteine vor. (sas) ■

„Fischotterschutz und Teichwirtschaft in Deutschland – Eine Orientierungshilfe zur Vermeidung und Reduktion von Konflikten“ unter: www.duh.de/teichwirtschaft

Förderer:



ein Fundus an Informationsmaterialien: Mehrere Leitfäden geben Tipps zur Gestaltung von Exkursionen und Bildungsprogrammen und zum Abbau physischer und kommunikativer Barrieren. Die Veröffentlichungen haben dabei stets auch die begrenzten Ressourcen vieler Umweltbildungszentren und Naturparks im Blick. „Wir zeigen, dass man oft bereits mit bescheidenen Mitteln einen Zugang zur Natur schaffen kann, der alle Menschen teilhaben lässt“, so Weickmann.

Was der Global Nature Fund und seine Partner vermitteln, trägt in der Praxis Früchte. Naturpädagoginnen und -pädagogen in mehreren EU-Ländern haben Lehrpfade anhand der Projektmaterialien analysiert und neue Konzepte für einen inklusiven Zugang entwickelt. Ob mit Führungen in Gebärdensprache im jungen Nationalpark Schwarzwald, Audio-Informationsständen im Zoobotanischen Garten Torún in Polen oder dem barrierefreien Zugang zum Baumkronenweg Bachledka im slowakischen Tatra-Gebirge: Europaweit gibt es immer mehr Angebote, die zeigen, dass mit Mut, Willen und Kreativität ein erfüllender Zugang zum Naturerleben für Menschen mit Behinderung kein Traum bleiben muss. (vk)

Barrierearme bzw. -freie Webseite in vier Sprachen: www.nature-without-barriers.eu

Projektpartner:



Förderer:



Naturpädagogik

Inklusives Naturerleben ist im Kommen

EU-weit leben 80 Millionen Menschen mit einer mehr oder minder schweren Behinderung; das entspricht 15 Prozent der Bevölkerung der Europäischen Union. 2018, als fünf europäische Umweltschutzorganisationen gemeinsam das Projekt „Natur ohne Barrieren“ ins Leben riefen, gab es nur wenige Angebote für ein Naturerleben, das den speziellen Bedürfnissen dieser Bevölkerungsgruppe in vollem Umfang entgegenkam.



Drei Jahre Projektarbeit haben viel bewegt: Der Global Nature Fund (GNF), der das Projekt gemeinsam mit der ungarischen Gewässerschutzinitiative LBDCA, der polnischen Umweltschutzorganisation ETNA, dem österreichischen Umweldachverband und dem Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverband umgesetzt hat, zieht eine positive Bilanz. „Zu Projektbeginn gab es in Naturschutzgebieten kaum Angebote für Menschen mit Mobilitätseinschränkung“, erklärt Katja Weickmann, die das Projekt für den GNF geleitet hat. „Und auch kommunikative Aspekte wurden bisweilen eher außer Acht gelassen, denn Barrieren betreffen nicht nur die Bewegung. Menschen

mit einer Seh-, Hör- oder Lernbehinderung waren daher von vielen Angeboten der Naturerfahrung ausgeschlossen. Wir freuen uns sehr, dass wir im Rahmen des Projektes viele Naturschutzzentren bei wichtigen und innovativen Schritten auf dem Weg zu einem Naturerleben begleiten konnten, das alle Menschen einschließt.“

Projektmaterialien und Naturlehrpfade

Menschen mit Behinderung haben als Expertinnen und Experten in eigener Sache an „Natur ohne Barrieren“ mitgearbeitet. Resultat des gemeinsamen Forschens, Recherchierens und Ausprobierens ist

Amazonas-Regenwald schwindet für Leder-Autositze

Mehr als eine Million Tonnen Leder exportierte Brasilien allein zwischen 2018 und 2020 nach Europa. Die Hälfte davon ging in die Produktion von Autositzen. Regenwald, Jaguar, Menschenrechte und das Klima bleiben auf der Strecke. Höchste Zeit, dass auch die deutsche Autoindustrie und Politik Verantwortung übernehmen.



Alarmierende Zahlen erreichen uns aus Südamerika. Der Amazonas-Regenwald hat seine für den Kampf gegen den Klimawandel unverzichtbare Funktion als Speicher von Treibhausgasen verloren. Grund dafür sind unter anderem die anhaltenden Brände und Rodungen. Der Verlust an Bäumen mindert die Regenfälle; diese Entwicklung und weitere menschliche Eingriffe haben das Ökosystem so geschwächt, dass dort erstmals mehr klimaschädliches CO₂ entweicht, als der verbliebene Wald noch speichern kann. Es ist allerhöchste Zeit, das empfindliche Ökosystem jetzt zu schützen.

Vor allem die Rinderzucht drängt die Wälder immer mehr zurück. In den letzten zehn Jahren gelangten regelmäßig Berichte an die Öffentlichkeit, in denen die brasilianische Rinderindustrie mit illegaler Landnahme und Entwaldung sowie Menschenrechtsverletzungen bis hin zur Sklaverei in Zusammenhang gebracht wur-

de. In Brasilien leben die meisten Rinder weltweit, mehr als 214 Millionen, fast die Hälfte von ihnen werden in der Amazonas-region gezüchtet.

Ein Milliardengeschäft

Bisher konzentrierte sich die mediale Aufmerksamkeit vor allem auf brasilianisches Rindfleisch als Treiber der Entwaldung. Doch Leder ist keineswegs nur ein unwichtiges Nebenprodukt. Während ein Großteil des Fleisches in Brasilien konsumiert wird, werden rund 80 Prozent des brasilianischen Leders exportiert. Das Land ist der wichtigste Lederexporteur weltweit, der Handel mit Leder ein Milliardengeschäft, das die Waldvernichtung anheizt. Vor allem eine Branche hat einen besonders hohen Bedarf: die Autoindustrie. Rund 50 Prozent der brasilianischen Lederexporte nach Europa gehen über Zwischenhändler und Verarbeiter in die Autositzproduktion.

Leder für VW, Daimler und BMW

In einer gemeinsamen Recherche mit der Rainforest Foundation Norway hat die DUH das Risiko von Entwaldung für Ledersitze der Autokonzerne untersucht. Nach unseren Analysen haben wir deutliche Hinweise darauf gefunden, dass die deutschen Autobauer Volkswagen, BMW und Daimler Leder von brasilianischen Unternehmen beziehen, die mit großflächiger Entwaldung in Verbindung stehen. Allein im Bezugsgebiet von JBS, dem weltweit größten Rindfleischproduzenten und Lederlieferanten, wurden in den letzten zwei Jahren bis zu einer Million Hektar Wald vernichtet.

Die Rinderfarmen zerstören sowohl tropischen Regenwald als auch den Cerrado, eine bewaldete Savanne. Zwei sensible Ökosysteme, die zum Beispiel den Jaguar beheimaten. Nachdem die Rinder in den ersten Monaten ihres Lebens die weitläufigen, ehemals oder teils noch bewaldeten Flächen

abgegrast und die Vegetation zerstört haben, werden sie in den letzten Wochen ihres Lebens dann in Gehegen gemästet, damit sie noch mehr Fleisch ansetzen. Umweltschutzbestimmungen werden insbesondere seit dem Machtantritt von Brasiliens Präsidenten Bolsonaro regelmäßig umgangen: Kurz vor dem Ende der Weidehaltung wird das Vieh aus den geschützten Gebieten einfach auf andere Farmen transportiert, die keinen Beschränkungen unterliegen. „Cattle Laundering“ nennt sich dieses System.

Keiner der von der DUH untersuchten Autohersteller verfügt über ausreichende Richtlinien oder Maßnahmen, um Entwaldung in seinen Lieferketten sicher auszuschließen. Häufig geben sich die Hersteller mit Selbstdeklarationen der Zulieferer zufrieden. Das ist nicht genug. Damit delegieren die Autobauer lediglich die Verantwortung an ihre Zulieferer.

Intransparente Lieferketten

Denn die Lieferkette für Lederautositze ist dermaßen komplex und intransparent, dass die Zulieferer der Autobauer das Leder oft gar nicht und wenn, dann nur bis zum Schlachthof zurückverfolgen können. Das reicht aber nicht, um mit Entwaldung verbundene Rohstoffe mit Gewissheit zu vermeiden. Dafür brauchen wir eine lückenlose Rückverfolgbarkeit vom Geburtsbetrieb über Mästung und Schlachtung bis zum Lederproduzenten.

Die Automobilbranche steht jetzt in der Verantwortung, Druck auf ihre Zulieferer zu machen, diese Rückverfolgbarkeit sicherzustellen und ausschließlich entwaldungsfreie Produkte zu verkaufen. Freiwillige Maßnahmen der Unternehmen werden hier nicht ausreichen. Die DUH drängt daher sowohl auf ein deutsches als auch auf ein europäisches Lieferkettengesetz, das Unternehmen zu umwelt- und menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten in ihren gesamten Wertschöpfungsketten verpflichtet. Mit den von der DUH geforderten Korrekturen ließen sich Menschenrechtsverletzungen und Naturzerstörung sicher ausschließen. Bisher bleibt letztere unberücksichtigt und ein Verstoß für Unternehmen weitgehend folgenlos. (tl) ■

Projektpartner:



Rainforest Foundation Norway

Anzeige



Die Tomate aus dem spanischen Folientunnel hat eine geringere CO₂-Bilanz als die regional produzierte im hiesigen Supermarkt.

> Mehr auf biorama.eu/regionalitaet

KLIMAFAKTEN IN PERSPEKTIVE GESETZT.
BIORAMA – MAGAZIN FÜR
NACHHALTIGEN LEBENSSTIL.

Im Abo erhältlich auf
biorama.eu/abo –
auch zum Verschenken.

6 AUSGABEN
À 25 EURO

Mensch und Tigerwels brauchen ein neues Gleichgewicht

Die Fischerei am kolumbianischen Río Magdalena muss nachhaltig werden. Mit seinem Projekt will der GNF einen Teufelskreis durchbrechen, der Menschen und Fischen schadet.



Pseudoplatystoma magdaleniatum, der Tigerwels, ist nicht nur schön – er macht auch mehr als die Hälfte des Fangertrags am Río Magdalena aus.



Es ist eine Frage des Gleichgewichtes. Und das ist am mittleren Río Magdalena, dem bedeutendsten Strom Kolumbiens, verlorengegangen. „Die Menschen an diesem Fluss sind vom Fischfang abhängig“, erklärt Marlene Bär Lamas, die für den Global Nature Fund (GNF) ein Projekt zur Etablierung nachhaltigen Fischereimanagements in der Region koordiniert. „35.000 Menschen leben im Projektgebiet rund um die Gemeinden Bocas del Carare, San Rafael de Chucurí, Opón und Barrancabermeja vom Fischfang. Sie fangen, essen und verkaufen fünfzig Fischarten, meist in handwerklicher Kleinfischerei. Dazu gehört auch der Tigerwels, eine ikonische Art der Region. Seine Fangmenge macht sechzig Prozent des gesamten Ertrags aus. In den letzten vierzig Jahren sind die Fangmengen am Magdalena

Medio um mehr als die Hälfte auf 30.000 Tonnen jährlich zurückgegangen. Das bedeutet für die Menschen dort einen massiven Einkommensverlust. Und das bedroht ihre Ernährungssicherheit. Die Balance ist verlorengegangen. Mit dem Projekt wollen wir der Region und der Fischerei eine neue Chance auf Nachhaltigkeit geben.“

Akzeptanz schaffen

Über Jahrhunderte sorgte ein effizientes Schonzeitensystem dafür, die Bestände des getigerten Raubfisches *Pseudoplatystoma magdaleniatum* und anderer Arten im Río Magdalena relativ konstant zu halten. Während der Laichzeit galt ein Fangverbot. Der massive Rückgang in den vergangenen Jahrzehnten zeigt, dass das bestehende System nicht mehr funktioniert: Mangel-

de Alternativen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts verleiteten die Menschen dazu, immer mehr Tiere aus dem Fluss zu fischen. Der Klimawandel verschärft das Problem noch. Höhere Temperaturen führen zu veränderten Niederschlagsmustern. Diese Faktoren verursachen immer stärker schwankende Laichzeiten der kommerziell nutzbaren Fischarten. Daher können starre Fangverbotszeiträume den Beständen keine ausreichenden Phasen für Reproduktion und Regeneration mehr verschaffen. Die sinkenden Fangmengen setzen wiederum die Fischerfamilien unter starken wirtschaftlichen Druck. Die Verlockung, auch während der Schonzeiten zu fischen, steigt – ein dramatischer Teufelskreis.

Der GNF und seine kolumbianische Partnerorganisation Fundación Humedales haben ein Projekt gestartet, um Mensch



Traditionelle Methoden, neu gedacht:
Mit modernen Methoden sollen die Fischbestände in der kolumbianischen Lebensader gesichert werden.



»Wir können nur etwas an der Situation ändern, wenn wir die verschiedenen Akteure stärker miteinander ins Gespräch bringen.«

Marlene Bär Lamas,
Projektmanagerin GNF

und Tier aus diesem Teufelskreis herauszuhelfen. „Unsere Initiative basiert auf drei Prinzipien, die Erfolg für die komplizierte Lage am Río Magdalena versprechen“, so Bär Lamas. „Wir wollen gemeinschaftlich, innovativ und dynamisch operieren. Das heißt konkret: Wir können nur etwas an der Situation ändern, wenn wir die ver-

schiedenen Akteure stärker miteinander ins Gespräch bringen. Wir schaffen Formate für einen produktiven Austausch auf Augenhöhe zwischen den Fischereivereinigungen der Region, deren Größe und Einfluss sehr unterschiedlich ist. Wir brauchen aber die Beteiligung aller, damit eine Neuregelung der Fangquoten und -zeiten am Fluss die notwendige Akzeptanz findet. Der innovative Aspekt liegt in den fortschrittlichen Beobachtungs- und Messverfahren zur Ermittlung der Fischbestände und Reproduktionszyklen der verschiedenen Arten. Diese so gewonnenen Erkenntnisse fördern dann die notwendige Flexibilität. Mit ersten Erfolgen – die Fischer verabschieden sich bereits von starren Schonzeiten und entwickeln Modelle, die sich an der jeweils aktuellen Situation der Populationen orientieren.“

ein weiteres Augenmerk des GNF-Projekts der Diversifizierung der regionalen Wirtschaft. Viele Menschen verdienen sich derzeit als Tagelöhner in angrenzenden Palmölplantagen, um so den Lebensunterhalt ihrer Familien zu sichern. Hier setzen die Naturschützer an und starten Alternativen für nachhaltigere Geschäftsmodelle. Bär Lamas: „Das kann die Fischzucht in Aquakultur sein, ein Angebot touristischer Bootsfahrten oder Transportdienstleistungen. Es geht ums Gleichgewicht: Die Menschen am Fluss sollen sich nicht vom Fischfang, ihrem kulturellen und wirtschaftlichen Fundament, verabschieden. Der ikonische Tigerwels soll aber auch in Zukunft ein Faktor sein. Mit dem Projekt leisten wir einen Beitrag dazu, dass es diese besondere Fischart auch morgen noch gibt.“ (vk)

Projektpartner:



Förderer:



Stiftung Ursula Merz



Eine Ikone der Region:
Fischerin mit Tigerwels.



Frauen und die solare Zukunft

Vielen ländlichen Regionen in Entwicklungs- und Schwellenländern fehlt ein Zugang zur Stromversorgung. Verlässliche und klimafreundliche Lösungen sind dort dezentrale Photovoltaikanlagen. Der Hand in Hand-Fonds fördert immer wieder Installationen. Einen völlig neuen Aspekt bringt das Solar-Ausbildungsprogramm von Remote Energy ein.

Die NGO Remote Energy arbeitet von den USA aus in 25 Entwicklungs- und Schwellenländern. Fachfrauen und -männer aus der Elektro- und Solartechnik haben sie gegründet. Mit ihren Projekten wollen sie den Menschen in abgelegenen Siedlungen den Zugang zu Strom ermöglichen, denn sie wissen: Die Energieversorgung befördert Bildung, Gesundheitsleistungen, das Wirtschaften und somit eine bessere Lebensqualität. Darüber hinaus sind die Aktiven der NGO davon überzeugt, dass Geschlechtergerechtigkeit ein wirksamer Schlüssel ist, um ganzen Gemeinschaften den Ausstieg aus der Armut zu ebnen.

Fast überall auf der Welt ist Bildung ungleich verteilt: Mädchen und Frauen wird der Zugang oft erschwert. In der

Folge bekommen sie weniger Mitspracherechte und viele leiden unter geringerem Selbstvertrauen. Umgekehrt ist bekannt:

Wo Frauen gut qualifiziert sind und über ein eigenes Einkommen verfügen, setzen sie dieses soweit möglich für die Schul-

Termin

Das Prinzip Apfelbaum

11 Persönlichkeiten zur Frage „Was bleibt?“ – Günter Grass, Friede Springer, Reinhold Messner, Anne-Sophie Mutter u. a.

Veranstaltungen:

Ausstellung in Friedrichshafen bis zum **31. Juli 2021**

Fragen Sie **weitere Informationen** an oder vereinbaren Sie eine **Nachlass-Sprechstunde** bei:

Annette Bernauer | bernauer@duh.de | Tel. 07732 9995-60 | www.duh.de/legat



bildung ihrer Kinder ein, sie engagieren sich zum Wohle ihrer Familien und ihres Dorfes. Genau hier setzt das Frauen-Programm von Remote Energy an.

Der Weg zur Solar-Ausbilderin

Kenia ist eines der Länder, in dem das NGO-Team Frauen zu Solartechnikerinnen und im nächsten Schritt zu „Meisterinnen“ ausbildet. Wahlweise gehen sie in koedukative Lehrgänge oder in solche, die von

Frauen für Frauen organisiert sind. Dort erhalten sie technische, pädagogische und unternehmerische Schulungen. Die Förderung des Hand in Hand-Fonds hat einen Beitrag zur Bereitstellung von Lehrmaterial und Online-Kursen in Englisch und Suaheli geleistet.

In mehreren Unterrichtsblöcken bilden sich die Programm-Teilnehmerinnen innerhalb von fünf Jahren so weit fort, dass sie eine Abschlussprüfung ablegen und anschließend selbst andere ausbilden kön-

nen. Meist gelingt es den Absolventinnen, weitere Frauen für diesen technischen Beruf zu begeistern. (jk) ■

Der Hand in Hand-Fonds ist eine gemeinsame Initiative von Deutscher Umwelthilfe und Rapunzel Naturkost für eine gerechtere Welt und lebenswerte Umwelt.



Das Frauen-Programm führt zu mehr Geschlechtergerechtigkeit in der Bildung und der Einkommensverteilung.



Raus aus dem Schneckenhaus!

Die Frage „Was bleibt, wenn ich nicht mehr bin?“ führt vor Augen, wie wichtig die persönliche Vorsorge und ein rechtssicheres Testament sind. Immer mehr Menschen können sich vorstellen, gemeinnützige Organisationen wie die DUH in ihrem Testament zu bedenken, so eine Studie der Initiative „Mein Erbe tut Gutes – das Prinzip Apfelbaum“ aus dem Jahr 2020.

Hilfreich sind dabei Gespräche, um die eigenen Wünsche zu klären und erbrechtliche Grundlagen zu verstehen. Die Nachlass-Sprechstunde der DUH ist kostenlos, vertraulich und unverbindlich. Sie können sich anmelden für einen Telefontermin, eine Videokonferenz – auch eine Begegnung von Mensch zu Mensch ist auf Wunsch möglich.



Geberinnen und Geber, die sich für den Weg der „Letzten Spende“ entschließen, können von der DUH einen Beratungs-

gutschein für anwaltliche Unterstützung erhalten. Er ist gültig bei allen Rechtsanwälten der Vereinigung DIGEV (Deutsche Interessengemeinschaft für Erbrecht und Vermögensnachfolge e.V.) und deckt die Kosten einer fachkundigen Erstberatung teilweise oder sogar komplett. (ab) ■

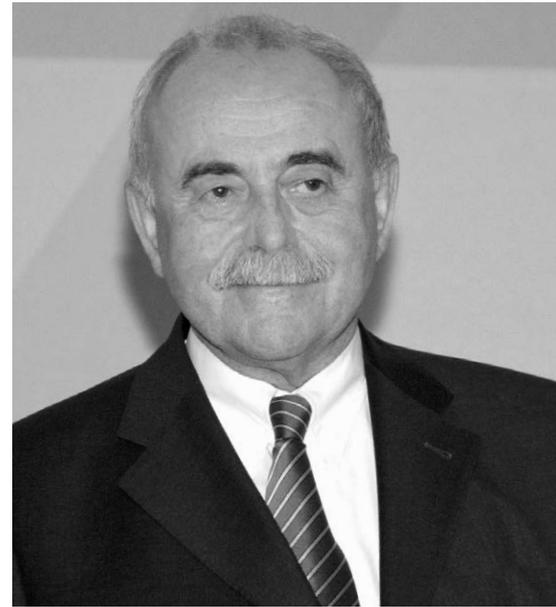


»Wir sind offen für Ihre Wünsche!«

Deutsche Umwelthilfe e.V.
Annette Bernauer
 Tel. 07732- 9995-60
 bernauer@duh.de

Wegbereiter des modernen Umweltschutzes

Was verbindet so unterschiedliche Produkte wie den Weißen Riesen, den BUND und die Deutsche Umwelthilfe? Namensgeber und maßgeblicher Gestalter war der im März 2021 verstorbene Unternehmensberater Rudolf Leo Schreiber. Kurz nach dem erfolgreichen Marktauftritt des mit spektakulärer Werbung eingeführten Henkel-Waschmittels entschied er, sich nicht länger für umweltschädliche Produkte einzusetzen und wurde 1975 als Gründungsmitglied von BUND und Deutscher Umwelthilfe Wegbereiter des modernen Umweltschutzes.



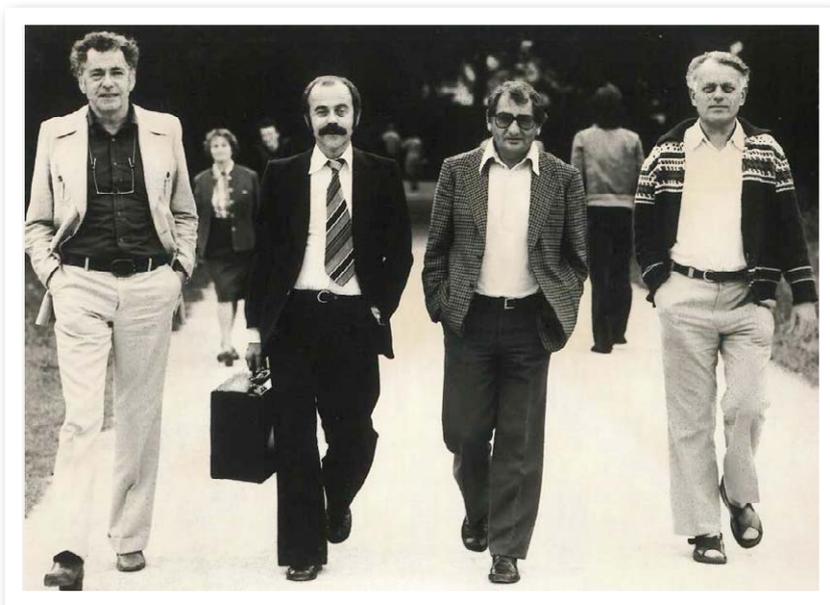
Als Unternehmensberater und Mitarbeiter in großen Werbeagenturen in den USA und in Europa sammelte Rudolf Schreiber Erfahrungen mit der traditionellen Wirtschaft. Es war das mangelnde Umweltbewusstsein der Wirtschaftswelt der 1960er und 70er Jahre, das ihn zur Vorschau anregte. Er hatte Mut zu Visionen und erkannte früh die drei Dimensionen

von Nachhaltigkeit: Unser Wirtschaften darf sich nicht allein an ökonomischen Maßstäben orientieren, sondern es muss auf ökologischer und sozialer Verträglichkeit fußen. So gründete er 1974 die Beratungs- und Verlagsgruppe „Pro Natur“, damals ein völliges Novum sowohl in der Marketing- als auch in der aufkeimenden Umweltszene. Schreiber trat an die in Bayern und Baden-

Württemberg aktiven Naturschutzverbände heran und schlug ihnen vor, einen gemeinsamen Bundesverband zu gründen: den Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, kurz BUND. 1975 war der Unternehmensberater Schreiber als Gründungsmitglied mit dabei und erklärte, dass es auch einen „Anwalt der Verbraucher“ geben müsse – für diese Rolle gründeten er und die Natur- und Umweltschützer, darunter Gerhard Thielcke und Hermut Ruland, noch im selben Jahr die Deutsche Umwelthilfe. Zu ihren Satzungszielen zählte und zählt die Erhöhung des Umweltbewusstseins. Die DUH gewann Naturschützer wie Bernhard Grzimek, Heinz Sielmann, Horst Stern und Frederic Vester für diese Aufgabe und arbeitete eng mit dem BUND zusammen.

Der Vernetzer und Veränderer

Rudolf Schreiber hat die Umweltbewegung professionalisiert. Der Marketingfachmann ersann Konzepte für Naturschutzkampagnen und wurde Herausgeber einer Reihe von aufgabenstarken Bildbänden, 1976 beginnend mit „Rettet die Vögel“. Ab den 1980er Jahren schuf er breite Aufmerksamkeit für das Waldsterben und setzte sein Know How für den Öko-Landbau und die deutschen Nationalparke ein.



Naturschutzpioniere und Autoren des Aktionsbuches „Rettet die Vögel“ (vlnr) Frederic Vester, Rudolf L. Schreiber, Horst Stern, Gerhard Thielcke

Schreiber wollte aber auch Unternehmen als Umweltschutzakteure gewinnen. Kein leichtes Unterfangen, denn „öko“ galt bei Unternehmern als unrealistisch und arbeitsplatzzerstörend. Doch Schreiber besaß das nötige Handwerkszeug und bewies sich als kluger Kommunikator: In Vorträgen und Publikationen forderte er ein Umdenken und zeigte die Chancen des Öko-Marketing sowie des Öko-Sponsoring auf. Heute sind nachhaltig orientierte Unternehmensphilosophien nicht mehr wegzudenken und auch die Umweltverbände haben ihre Haltung geändert: Sie haben erkannt, wie fruchtbar der Dialog mit Unternehmen sein kann und bringen gemeinsam mit ihnen den Schutz von Ressourcen, Klima und Biodiversität voran. Längst fürchten sie nicht mehr um ihre Unabhängigkeit, wenn sie Unternehmensspenden annehmen.

Rudi Schreiber webte bis zuletzt an der Idee der United Regions, der nachhaltige regionale Initiativen so vernetzt, dass auf globaler Ebene ein nachhaltiges Wirtschaften entsteht. Er starb im Alter von 80 Jahren im März dieses Jahres. In seinem Leben hat er noch viel mehr bewegt als wir berichten. Aber seien Sie sicher: Vorwärtsstrategien sind ihm lieber als ein langer Nachruf. (jk) ■

Rudi war ein ideensprühender Vulkan

Der Werdegang der Deutschen Umwelthilfe ist eng mit dem Lebenswerk von Rudolf L. Schreiber verbunden. Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch lässt die DUHwelt-Leserschaft an Erinnerungen an seinen Mentor und Freund teilhaben.

» Es ist fast 40 Jahre her, dass ich Rudi Schreiber kennenlernte. Gerhard Thielcke und er hatten gerade die Idee entwickelt, nach dem erfolgreichen Bestseller „Rettet die Vögel“ eine neue Naturschutzaktion „Rettet die Frösche“ zu starten. Hierin wollten sie nicht nur für die bedrohten Amphibien werben, sondern die zunehmende Intensivierung der Landwirtschaft kritisieren und die Aufmerksamkeit auf besonders giftige Pestizide lenken. Gerhard Thielcke und Rudi Schreiber wählten mich aus, ihre neue Naturschutzkampagne zu koordinieren. 1982 hatte ich als Zivildienstleistender beim BUND den Endrin-Skandal aufgedeckt: Das im Obstbau eingesetzte Pestizid hatte am Bodensee ein beispielloses Vogelsterben ausgelöst. Ich fühlte mich von der Einladung geehrt und war gespannt auf Rudi Schreiber, den Mitgründer des BUND und der DUH. Solch eine Arbeitssitzung hatte ich noch nicht erlebt. Rudi Schreiber war ein Menschen-

fischer. Ein ideensprühender Vulkan, der mit Begeisterungsfähigkeit und Optimismus eine kreative Atmosphäre erzeugte, die neue Konzepte im Naturschutz hervorbrachte. Rudi Schreiber nahm mich ernst und forderte meine Kreativität heraus. Gleichzeitig verlangte er konzentriertes, auf das Ziel ausgerichtete Denken und Arbeiten. Ergebnis unserer ersten gemeinsamen Naturschutzkampagne waren mehr als 1.000 neu angelegte Feuchtgebiete und das Verbot des Insektizids Lindan. Diesen ersten Jahren folgten gemeinsame Projekte auch mit Frederic Vester und 1985 dann der Start der ersten bundesweiten Kampagne gegen die Getränkedose und Einweg-Plastikflasche: „Einweg ist kein Weg – Mehrweg ist der Weg“.

Ein Jahr später begann ich, bei der DUH zu arbeiten und konnte auf dem Fundament aufbauen, das Rudi Schreiber gelegt hatte: Die moderne Ausrichtung eines entscheidungsfreudigen Verbandes, ein von Rudi Schreiber entwickeltes Logo und Erscheinungsbild. Und Natur- und Umweltkampagnen, die auf den Punkt kamen. Gestalten statt beklagen. Und das alles mit Humor und Empathie.

Was meinen Einsatz für Natur und Umwelt angeht, hat mich neben Gerhard Thielcke niemand mehr geprägt als Rudi Schreiber. Er zeigte mir, wie erfolgreiche Kampagnen gehen, was ökologisches Management in Unternehmen bedeutet und wie man Greenwashing von glaubhaftem Einsatz für die Umwelt unterscheidet. Vor allem, wie wichtig es ist, den Schutz unserer Lebensgrundlagen mit und nicht gegen die Menschen zu betreiben.

Noch Anfang dieses Jahres sprachen wir über seine Vision der „United Regions“. Es sollte ihm nicht vergönnt sein, diese große Vision zu verwirklichen. Aber in seinen Projekten, in den von ihm mitgegründeten und maßgeblich beeinflussten Umweltverbänden BUND und DUH lebt er weiter. <<

Rudolf L. Schreiber (mi.) mit den beiden Bundesgeschäftsführern Sascha Müller-Kraenner (li.) und Jürgen Resch (re.) bei der 40-Jahr-Feier der DUH, 2016. 2007 würdigte die DUH sein Lebenswerk mit dem UmweltMedienpreis.



Fast wie ein Drache – nur die Schuppen fehlen



Trotz seiner farbenprächtigen Rückenflosse erfreut sich der Gestreifte Leierfisch, auch Goldgrundel genannt, keines hohen Bekanntheitsgrades. Nach der Paarung ereilt ihn das gleiche Schicksal wie das einer Drohne.

■ von Peer Cyriacks

Vierzig Meter unter dem Meer in der Deutschen Bucht beträgt die Sicht nur wenige Zentimeter. Das Wasser ist gesättigt mit feinsten Schwebstoffen, die die großen Ströme wie Elbe und Weser seit Jahrtausenden in die Nordsee spülen. Der Grund des Meeres ist daher ebenmäßig mit schlickigem Sediment bedeckt. Auf den ersten Blick ein karger Lebensraum. Dennoch würde es auch hier vor Leben wimmeln, wenn man es ließe.

Ein metallisches, rhythmisches Brummen ist erst leise, wird dann immer lauter. Es nähert sich ein Fischkutter mit Grundschleppnetzen, der es auf Plattfische abgesehen hat. Eine Flunder, dann eine Seezunge, dann ein unförmiges, merkwürdig buntes Lebewesen werden aus ihrem sandigen Versteck im Boden aufgescheucht und gehen ins Netz. An Bord wird deutlich, dass neben ein paar Schollen, Seezungen und Flundern überwiegend Krabben, Krabben und unbekannte Fische gefangen wurden, die als Beifang meist halb- oder schon tot gleich wieder über Bord gehen.

Unbekannt und doch nicht selten

Zum Beifang zählt auch dieses bunte Wesen: Knapp so lang wie ein Unterarm, dabei schlank, aber mit übermäßig großem, dreieckigem Kopf, Glupschaugen und in der Hauptfarbe schlickbraun wie der Untergrund der Nordsee. Insgesamt hat das Tier etwas Reptilartiges, fast wie ein Drache – nur die Schuppen fehlen. Schaut man genauer hin, erkennt man feine türkise Linien an dem merkwürdigen Fisch.

Und was ist das? Eine Rückenflosse ist plötzlich lang und spitz ausgezogen, wie eine Signalfahne. Dahinter stellt sich eine zweite, breitere Rückenflosse auf, die so bunt ist, dass sein Träger nun in jedem tropischen Korallenriff eine gute Figur machen würde: Es ist der Gestreifte Leierfisch. Dieses Exemplar hat Glück gehabt und den Besuch an der frischen Luft überlebt. Gestreifte Leierfische sind völlig unbekannt und doch nicht selten. Sie sind wirtschaftlich unbedeutend, allerdings nicht, weil man sie nicht essen könnte, sondern weil sie zu klein sind, als dass sich der Fang lohnen würde.

Tödliche Paarung

Der Gestreifte Leierfisch lebt nahe der Küsten in der Nordsee bis hinunter ins Mittelmeer. Dabei bevorzugt er Wassertiefen bis 40 Meter wie die flache Deutsche Bucht. In tieferen Regionen wird der Gestreifte vom Gefleckten Leierfisch, *Callionymus maculatus*, abgelöst, der tieferliegende Meeresregionen bewohnt als sein naher Verwandter. Der Leierfisch nutzt seine ausgeprägten Brustflossen zum Abstützen auf dem Meeresboden und lebt als strikter Einzelgänger – Rivalen werden vertrieben. Die Männchen versuchen durch ihr buntes Äußeres und durch ein ausgeprägtes, aber noch nicht genauer erforschtes Balzverhalten, die Damen der Art von sich zu überzeugen. Wie eine Turteltaube umgarnt das Männchen das Weibchen, schwimmt blitzschnell mal hierhin und mal dorthin und zeigt seine bunten Flossen und Seiten. Im Moment der Paarung schwimmen beide Bauch an Bauch nach oben und die Eier werden befruchtet. Der Leierfischnachwuchs wird nach der Befruchtung seinem Schicksal überlassen, was etwas verwundert, da die meisten anderen territorialen Bodenfische ihre Brut bewachen – Fischeier sind bekanntermaßen ein ozeanischer Leckerbissen. Für das Männchen war es das: Es stirbt nach der Paarung. Sein erstes ist also auch immer sein letztes Mal.

Dornen gegen Fressfeinde

Die Gestreiften Leierfische ernähren sich von kleinen Krebstieren wie der Nordseegarnele, von Borstenwürmern und Jungfischen. Doch der Leierfisch selbst ist auch beliebte Beute bei größeren Fischen wie dem Katzenhai oder dem Kabeljau. Um seinen Fressfeinden das Mahl zu verderben, lässt er sich vier spitze Flossenstrahlen am Bauch wachsen. Ist diese Taktik erfolgreich und kommt vorher kein Fischkutter in die Quere, können Leierfische durchaus sieben Jahre alt werden. ■

Detail der waagrecht gestreiften zweiten Rückenflosse des Männchens (rechts oben und unten).



Steckbrief

Gestreifter Leierfisch (*Callionymus lyra*)

Verwandtschaft: Gehört zur großen Familie der Leierfische mit 20 Gattungen und über 190 Arten.

Lebensraum und Verbreitung: Bodenbewohnende, kleine Meeresfische, die meisten Arten leben in tropischen und subtropischen Gewässern.

Nahrung: Vorwiegend Kleinstlebewesen, die sie vom Sandboden aufsammeln.

Aussehen: Die Männchen sind bis zu 30, die Weibchen bis zu 25 Zentimeter lang. Der Körper ist schlank und sandfarben, mit großem, dreieckigem Kopf, großen Augen und vorstehendem Unterkiefer. Die erwachsenen Männchen sind sehr farbenfroh.

Gefährdung: Der Gestreifte Leierfisch ist nicht gefährdet und nimmt in seiner Verbreitung aktuell eher zu. In der Nordsee leidet er wie alle bodengebundenen Fische unter der starken Befischung mit Grundschleppnetzen, die die Bodenstrukturen regelmäßig stören oder zerstören. Häufig unerwünschter Beifang der Plattfisch-Fischerei. ■



Die geschlechtsreifen Männchen (rechts) sind bunter und größer als die Weibchen (links).





Fischrotter, © Wayne/Fotolia

Helfen Sie mit!



Natur und Umwelt brauchen einen starken Anwalt. Wir setzen uns ein für mehr Lebensqualität – bitte unterstützen Sie uns dabei:

- intakte Ökosysteme, Artenvielfalt und Wildnis
- saubere Luft und Klimaschutz
- Müllvermeidung und Recycling
- eine bezahlbare Energie- und Verkehrswende
- verantwortlicher Konsum und ökologische Produkte
- Umweltgerechtigkeit und „Grün“ in Kommunen
- die Durchsetzung von Verbraucherrechten
- eine gesunde und ökologische Lebensweise

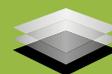
Machen Sie uns stark. Jetzt online Fördermitglied werden! Oder benutzen Sie unsere Coupons.

Vielen Dank!

www.duh.de/foerdermitglied

Deutsche Umwelthilfe e.V. | Fritz-Reichle-Ring 4 | 78315 Radolfzell | Tel. 07732 9995-0 | Fax 07732 9995-77 | info@duh.de | www.duh.de
Unser Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft Köln | IBAN: DE45 3702 0500 0008 1900 02 | BIC: BFSWDE33XXX

www.duh.de [@ info@duh.de](mailto:info@duh.de) [Twitter](#) [Facebook](#) [Instagram](#) [LinkedIn](#) [umwelthilfe](#)



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft

